

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanisch, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Inhalt: Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Liberalismus und Sozialdemokratie. — Politische Umwälzung. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Wahrheit über den „Streikbruch“ in Argentinien. Aus Österreich. Bekanntmachung des Verbandes. Der Sieg von Berlin. Aus Holland. Aus Schweden. — Zentral-Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterkündigung, Subventionen etc. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Hamburg als Gewerkschaftsstadt.

Zum sechsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Montag, den 22. Juni, tritt im Gewerkschaftshaus zu Hamburg der sechste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zusammen. Seine Tagung wird voraussichtlich eine volle Woche in Anspruch nehmen und diese Zeit erscheint in Anbetracht der umfangreichen Tagesordnung noch als knapp bemessen. Allein der Rechenschaftsbericht der Generalkommission, den E. Legien-Berlin erstatten wird, umfaßt in seinen einzelnen Punkten ganz natürlich ein Beratungsmaterial von erheblichem Umfang; es sind dazu bereits Dutzende von Anträgen gestellt und weitere Anträge werden ohne Zweifel noch im Verlaufe der Beratungen gestellt werden. Da steht in erster Linie die allgemeine Agitation, ein Punkt, der ganz gewiß aller gründlichen Erörterung wert ist; denn auf die Agitation kommt es ja für die Fortentwicklung der Gewerkschaften in erster Linie an. Daß sie bisher gute Früchte getragen hat, steht fest; aber das Streben muß unausgesetzt darauf gerichtet sein, daß sie immer fruchtbarer werde. Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen aller Berufs müssen der Organisation noch gewonnen werden. In dieser Richtung gehen die Anträge, die die Errichtung eines Arbeiterinnensekretariats, die Agitation unter den Diensthöfen, die Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern, den Seimarbeiter-schutz, die Beseitigung des Rost- und Logiszwanges beim Unternehmer usw. betreffen. Wohl muß jede Gewerkschaft bei ihrer Agitation mit gewissen besonderen Verhältnissen rechnen; aber unbedacht dessen lassen sich für die Agitation im allgemeinen sehr wohl feste Normen und leitende Gesichtspunkte aufstellen, die nach unserem Ermessen vornehmlich darauf gerichtet sein müssen, die Arbeiter mit dem Geist des demokratischen Sozialismus zu erfüllen. In diesem Geiste allein ist eine gesunde und kräftige Arbeiterbewegung möglich.

Mit solch einer Agitation muß sich der gute Wille für die Ausgestaltung und Kräftigung der Organisation verbinden. Die sicherste Grundlage aller Organisation ist und wird stets bleiben die Erkenntnis, die richtige Einsicht in das wirtschaftliche, politische und soziale Wesen der Gesellschaft, das unwandelbar treue Bekenntnis zu den gerechten und großen Prinzipien, denen die moderne Arbeiterbewegung genügen muß, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen will. Vom ersten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands an können wir das nicht hoch genug anzuschlagende Bestreben der freien Zentralorganisationen und ihrer Generalkommission Schritt um Schritt verfolgen, diese Organisationen zu einem immer mehr maßgebenden und entscheidenden Machtfaktor im gewaltigen Interessenkampf zwischen Arbeit und Kapital zu entwickeln. Mit Recht haben sich die Kongresse und hat sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands stets bemüht, mehr und mehr den Interessen aller Arbeiter gerecht zu werden.

Unter diesem Gesichtspunkte sind, abgesehen von den schon erwähnten Agitationsfragen, auch die meisten

anderen Punkte der Tagesordnung des Kongresses zu beurteilen. Da kommen hauptsächlich noch in Betracht das Arbeitersekretariatswesen, wozu Robert Schmidt-Berlin einen Bericht und F. Lesche-Hamburg ein Referat über die Vertretung der Rechtssuchenden durch die Arbeiter vor den Gerichten erstatten wird; die staatliche Versicherung der Privatangestellten (Referent P. Lange-Hamburg); die gewerbmäßige Stellenvermittlung (Referent S. Roßsch-Berlin); die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland (Referent S. Mollenhuth-Berlin).

Auch die Organisation zur Erziehung der Jugend (Ref.: R. Schmidt-Berlin) soll auf dem Kongress erörtert werden. Wir wünschen, daß dies Thema in dem Sinne behandelt und entschieden wird, wie es (worüber wir kürzlich berichteten) von dem hamburgischen Gewerkschaftsartikel in Verbindung mit der sozialdemokratischen Parteileitung geschieht ist.

Wir wünschen dies trotz dem Pronuntiamiento der „Leipziger Volkszeitung“, die in ihrer Nummer vom 13. Juni eine schreckliche Gefahr darin sieht, daß sich der Gewerkschaftskongress mit dieser Frage befassen will. Dies Blatt, das sich erst neulich von einem anderen Parteigänger eine peinliche Wahrheit über sein Verhalten zu den Gewerkschaften sagen lassen mußte, ergeht sich auch bei dieser Gelegenheit wieder in unbegründeten und trivialen Verdächtigungen. Der Genosse Legien hat in einem in der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ veröffentlichten Artikel geschrieben, daß sich der Kongress auch mit der Frage der Jugendorganisation beschäftigen werde, nachdem schon die letzte Konferenz der Verbandsvorstände darüber verhandelt habe. In der Frage selbst vertritt Legien den auch von uns geteilten Standpunkt. Dieser harmlose Artikel ist die Veranlassung zu den Angriffen des Leipziger Blattes. Es schreibt, daß die darin mitgeteilten Tatsachen auf die Parteigenossen, die keinen Zutritt zu dem alljährlichen „Geheimkonventikel der Gewerkschaftsbeamten hätten“, wie eine Sensation wirken müsse. Die Gewerkschaftsführer wollten „die Jugendorganisationen vernichten und etwas an ihre Stelle setzen, an dem jeder freimüthige Dornlehre seine Freude haben müsse“. Und von alledem habe sie kein Wort erfahren. Der Parteivorstand hätte den Vertrauensbruch mit dem Protokoll vom Jahre 1906 wiederholen und die Partei über die Verhandlungen des Geheimkonventikels unterrichten sollen. Es gehe so nicht weiter, daß der eine Zweig der Arbeiterbewegung niederreife, was der andere aufbaue, denn das, was die Gewerkschaften mit den Jugendorganisationen vorhätten, bedeute deren Vernichtung.

Wir dürfen wohl hoffen, daß es der Gewerkschaftskongress an einer Zurückweisung dieser gehässigen Angriffe nicht fehlen lassen wird. Daß sich der Kongress von der Leipziger Parteiredaktion beeinflussen läßt, ist völlig ausgeschlossen. Aber auch außerhalb des Kongresses dürfte sie schwerlich Beifall und Verständnis finden. Denn das, was sie sensationell nennt, ist längst bekannt. Die Tatsache, daß sich die Vorstandskonferenz mit der Jugendorganisation beschäftigt hat, konnte jeder in dem darüber veröffentlichten Bericht („Correspondenzblatt“ Nr. 52 vom Jahrg. 1907, „Grundstein“ Nr. 3 vom Jahrg. 1908) lesen. Und in dem sachlichen Streit über Form und Aufgabe der Jugendorganisationen werden gerade die die Ansichten der Gewerkschaften teilen, die in diesen Organisationen praktisch tätig sind, wozu die Genossen von der „Leipziger Volkszeitung“ jedenfalls nicht gehören.

Auf dem Gebiete der rein gewerkschaftlichen Kampftaktik liegen die zu verhandelnden Fragen über Streikunterstützung und Streikstatistik und über den

Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel. Wir wollen weder in dem einen oder anderen dieser Punkte dem Kongress mit Rundgebung unserer Ansichten vorgreifen; wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß er zu befriedigenden Entscheidungen gelangen wird unter voller Würdigung des Prinzips der Solidarität, das ja ganz besonders bei der gegenseitigen Unterstützung im Kampfe zur Geltung kommen soll und muß.

Ein reicher Schatz der Erfahrung aller Art steht dem Kongress zu Gebote. Wenn sich Erfahrung und Einsicht mit gutem Willen paaren, so ist sichere Gewähr dafür gegeben, daß Gutes zu Stande kommt. Wir zweifeln nicht daran, daß das auf dem sechsten Gewerkschaftskongress der Fall sein wird. Mögen alle Teilnehmer nur beständig geleitet sein von dem Hinblick auf die großartige Entwicklung der gewerkschaftlichen Zentralverbände Deutschlands seit dem Anfange der neunziger Jahre. Damals, nachdem die Herrschaft des Sozialistengesetzes die freie Gewerkschaftsbewegung fast vollständig vernichtet hatte, mußte sie erst wieder anfangen, sich aus kleinen und kleinsten Anfängen zu entwickeln. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 beschloß ein Gewerkschaftskongress, daß sich gegenüber dem lokalen Vereinswesen alle Arbeiter in Zentralverbänden organisieren sollten und daß sich nur diese an die damals eingesetzte „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ anschließen dürften. Im Jahre 1894 hatten die Zentralverbände eine Mitgliederzahl von 246 494; die Mitgliederzahl ist seitdem fast durchweg rapide gestiegen; zehn Jahre später — 1904 — belief sie sich auf 1 052 108; im Jahre 1906 hatte sie die Höhe von rund 1 800 000 erreicht und im Jahresdurchschnitt war diese Zahl um rund 65 000 überschritten. Die Befürchtung, daß unter dem Einbruch der wirtschaftlichen Krise, mit der seit etwa einem Jahre zu rechnen ist, eine Verminderung der Mitgliederzahl eintreten würde, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet.

Gegenüber den der Generalkommission angeschlossenen gewerkschaftlichen Zentralverbänden sind alle übrigen gewerkschaftlichen Organisationen, die kirchlich-dunderschen Gewerkschaften, die christlichen und die gelben Gewerkschaften usw. von höchst untergeordneter, ja geradezu verschwindender Bedeutung. Mit ihren nahezu zwei Millionen Mitgliedern sind die freien Zentralverbände Deutschlands an die Spitze der gewerkschaftlichen Organisationen aller Kulturländer gerückt. Sie haben in bezug auf die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder selbst England, das klassische Land der Gewerkschaftsbewegung, und auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika überholt. Ihre Leistungen haben sich in demselben Maße erhöht, wie ihre Stärke zugenommen hat. Sie dürfen alles in allem hoch zufrieden sein mit den Erfolgen, die sie im harten Kampfe mit dem Unternehmertum um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen errungen haben. Diese Erfolge sind nicht nur den Mitgliedern der Organisationen, sondern weitesten Kreisen der berufstätigen Arbeiter-schaften überhaupt zu gute gekommen; ja, wir dürfen sagen, daß das propagandistische und organisatorische Wirken, der Kampf der freien gewerkschaftlichen Zentralverbände, die ganze wirtschaftliche und soziale Entwicklung Deutschlands in hohem Maße zu Gunsten der Arbeiterklasse beeinflusst hat. Damit sind sie zugleich ein politischer Machtfaktor geworden, der ganz naturgemäß einen integrierenden Teil der politischen Partei des demokratischen Sozialismus, der Sozialdemokratie bildet, ohne daß seine Selbstständigkeit dadurch im geringsten beeinträchtigt wird.

Das Verhältnis der freien Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei ist im Laufe der letzten Jahre unter Ueberwindung von mancherlei Anschauungs-

gegenüber nach unserem Ermessen völlig ausreichend dahin geklärt worden, daß die sich im Geiste des demokratischen Sozialismus auf gewerkschaftlichem und parteipolitischen Gebiete vollziehende Arbeiterbewegung in ihren Grundzügen und ihren Zielen völlig einheitlich ist und daß diese Einheitlichkeit nicht dadurch beeinträchtigt oder gestört werden kann, daß die Gewerkschaften ganz notwendig auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Interessenkämpfe selbständig, unabhängig von der politischen Partei wirken. Wie die Gewerkschaften ihre Entwicklung und die Erfolge ihrer Kämpfe in erheblichem Maße mit der sozialdemokratischen Partei verdanken, so verbanke umgekehrt die Partei den freien Gewerkschaften sehr viel.

Dessen sollen die Gewerkschaften und soll die Partei stets eingebend sein. Von außerordentlichem Wert für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und für die ganze Kulturentwicklung ist, daß in den selbständigen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, in ihrer selbständigen, sozialökonomischen Betätigung für die gemeinsamen Interessen der demokratischen Geist ganz notwendig festgelegt und geklärt wird; er führt, wie die Erfahrung lehrt, zum politischen Demokratisismus, und damit ganz konsequent zur Sozialdemokratie. Das ist in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterkraft und vornehmlich auch in den Kreisen ihrer Leiter nie verkannt worden, und diese Erkenntnis wird immer mehr dazu beitragen, etwa noch auftauchende Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei leicht zu überwinden. Wir entbieten dem nächsten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands unseren herzlichsten Gruß mit dem Wunsche, daß seine Beratungen zu guten Erfolgen führen mögen. Ein besonders starker Sporn und Antrieb muß und wird ihm sein die Betrachtung der sich mehr und mehr entwickelnden organisierten Arbeiterkraft des Unternehmertums. Hinter dieser darf die Entwicklung der Macht der Arbeiterorganisation nicht zurückbleiben. Vorwärts, unermüdet vorwärts! ist die Parole der organisierten Arbeiterkraft stets gewesen, und wird, davon sind wir sehr überzeugt, auch die Parole des nächsten Gewerkschaftskongresses sein.

Liberalismus und Sozialdemokratie.

IV.

Dem modernen Liberalismus geht es mit der Praxis der Humanität, wie der christlichen Religion mit der Praxis der Liebe: bei beiden ist die Praxis das genaue Gegenteil von der Grundidee. Der Liberalismus hat seinen ihm ursprünglich ungewissenhaft innewohnenden humanitären Verstand durch den Augenblick an, wo er gleichbedeutend wurde mit der Herrschaft des Kapitalismus, wo er aus der Idee zur Praxis überging.

Einst war wirtschaftliche Ungleichheit, die Ausbeutung der großen Massen durch eine kleine Anzahl Bevorzugter das

Grundprinzip jeder staatlichen und moralischen Ordnung. Gleichviel, welcher politischen Auffassung die Staaten des Altertums und des Mittelalters auch gehuldigt haben mochten — der Grundbegriff, daß die Menschen von Natur aus nicht gleich seien, daß es Bevorzugte und Verlassene gebe, war allen diesen Staaten gemeinsam; sie unterschieden sich höchstens durch die Methode, wie sie die Vorrechte und das Verlassene zu verwalten, zwischen Herren und Beherrschten die Grenzlinie gezogen war. Demokratisch nannte man nach damaligen Begriffen jedes Staatswesen, in dem ganze Volksklassen an der Herrschaft und der Ausbeutung teilnahmen; aristokratisch dasjenige, in welchem die Zahl der Herren im Verhältnis zu jener der Beherrschten gering war. Seit der großen französischen Revolution erst ist die absolute Gleichheit vor dem Gesetz zur prinzipiellen Rechtsüberzeugung aller zivilisierten Staaten geworden. Ja, man kann sagen, daß kaum jemals zuvor eine neue Idee so vollständig triumphiert hat wie diese.

Aber dieser Anerkennung des Prinzips steht seine Unfruchtbarkeit im praktischen Leben gegenüber. Die unbedingte Gleichheit vor dem Gesetz geht Hand in Hand mit einer Ausbeutung der arbeitenden Klassen, die sich in wirtschaftlicher Beziehung nur der Form, nicht dem Wesen nach von der antiken Sklaverei oder von der mittelalterlichen Hörigkeit unterscheidet. Während sich also in den Staaten des Altertums und des Mittelalters das herrschende Prinzip mit dem praktischen Leben in vollem Einklange befand, gähnt jetzt zwischen Theorie und Praxis eine Kluft, wie sie niemals zuvor zwischen den Ideen und den Tatsachen einer ganzen Welt ähnlich bestanden hatte. Das merkwürdige dabei ist, daß dieser unerhörte Gegensatz zwischen Theorie und Praxis unserem „aufgeklärten“ Zeitalter lange Zeit gänzlich verborgen geblieben ist. Die Vertreter des Liberalismus glaubten im Jahrhundert hindurch beinahe ausnahmslos und glauben größtenteils heute noch, daß die Freiheit und Gleichheit aller Menschen dadurch zur Tatsache geworden ist, daß den Massen das politische Stimmrecht, die Gleichheit vor der Justiz und das Recht gewährt wurde, über ihre Person nach Gutdünken zu verfügen. Erst die Arbeiterbewegung hat bewiesen, daß man ernstlich darüber nachzudenken beginnt, ob denn mit all diesen an sich ganz wertvollen Rechten demjenigen geboten sein könne, dem die Ausübung des ersten und wichtigsten in allen Menschenrechten, nämlich das Recht zu leben, eine menschenwürdige Existenz zu führen von den Früchten der eigenen Arbeit, verweigert ist. Jetzt erst beginnt man sich wieder zu erinnern, daß der Mensch ein Wesen sei, das nicht bloß geistige und politische, sondern auch körperliche Bedürfnisse habe, ja, daß die letzteren, als die unabweislichen und dringlichsten, auch die wichtigsten von allen seien. In einer Gesellschaft, wo mit Ausschluß der atmosphärischen Luft alles seinen Eigentümer hat, in der Bedürfnisse und Gewohnheiten entstanden sind, die ohne Eigentum, ohne einen Schutz an Kenntnissen und Arbeitsbedürfnissen, die aus der Vergangenheit aufgeschleppt wurden, gar nicht befriedigt werden können — in einer solchen Gesellschaft ist auf dem Boden der wirtschaftlich-sozialen Daseins- und Interessenkämpfe Freiheit und Gleichheit ein leerer Schall für denjenigen, der vom Besitze jener Güter ausgeschlossen wurde.

Es mag dahingestellt sein, ob es ein Zeitalter gab, wo, wie manche behaupten, „genügsame Lebensfreude“ die Gemüter der meisten beherrschte. Jedenfalls aber hat keines der früheren Zeitalter jene blühende, unablässige Angst vor dem Hunger gekannt, die heute, wo die große Masse der Menschen zu unausgesetztem Verzweiflungskampfe gegen den Hunger verurteilt ist, selbst diejenigen nicht freiläßt, die im Überflusse schwelgen. „Unser Zeitalter“, sagt Herxka in seiner „Geschichte der sozialen Entwicklung“ so wahr, „ist vom Wahnsinn der Furcht vor dem Hunger befallen.“ Man betrachte den Millionär, dessen Bedürfnisse vielleicht gering sind, der die Zinsen seiner Zinsen nicht verzehren kann, und der doch unablässig nach neuem Besitze hästet und jagt; er kann des Erworbenen sich nicht freuen, weil all sein Sinnen und Trachten auf neuen Erwerb gerichtet ist. Was ist er, wenn nicht ein Wahnsinniger, der inmitten seiner aufgeschaukelten Schätze zu verhungern fürchtet, und woanders liegt die Quelle seines Wahnsinns, als in dem Schauspieler, das ihn rings umgibt, in dem grauenerregenden Stöhnen und Drängen seiner Mitbürger, denen das Hungergepeinigt wirklich an Leib und Leben geht! Man glaube auch nicht, daß hiermit eine Ausnahme gemeint ist; so allgemein ist der Wahnsinn, daß die wenigen gesund Gebliebenen als Sonderlinge erachtet werden. Wir alle, unser Volk mag groß oder gering sein, ähneln vor dem Tode, das unsere Brüder erwürgt; wir werden gepeinigt durch einen Instinkt, der gar nicht unser persönlicher, sondern der unseres Zeitalters ist, dessen Quelle in Motiven liegt, mit denen wir persönlich wenig, vielleicht gar nichts gemein haben, unter deren Gewalt aber die überwiegende Zahl der Zeitgenossen steht.

Die Theoretiker des modernen Liberalismus haben denselben Falsch bezeichnet als den „Inbegriff der Humanität“. Aber nachgerade dürfte es auch diesen Theoretikern, sofern sie nicht ganzlich, mit geistiger Blindheit geschlagen sind, klar geworden sein, daß es wirklich keine Humanität ist, wenn der in den Grundideen des Liberalismus wohnende Kapitalismus den vorwärtigen und beunruhigenden Daseins- und Interessenkampf, den Kampf aller gegen alle, zu unerhörter Höhe entwickelt; wenn Massenarmut und Massenelend immer schneller und fürchterlicher anwachsen; wenn Hunderttausende von Menschen dem Hunger, dem Stiche, dem Fieber und Verbrechen rücksichtslos überantwortet werden.

Es ist klar für jeden, der sehen kann und will, daß der moderne Liberalismus mit seinem Gegenstande, politischer Gleichheit und wirtschaftlicher Ungleichheit einen inneren Widerspruch enthält, der auf die Dauer unmöglich bestehen kann.

Deshalb aber ist es nicht minder falsch, im Liberalismus einen „sozialen Irrtum“ zu sehen, wie der Konfessionsalismus und ganz besonders der Ultramontanismus es tut. Wir lassen ihm seine geschichtliche Bedeutung. Sein großes Verdienst ist es, die Notwendigkeit der Gleichberechtigung zur Geltung gebracht zu haben; er schuf den historisch einzig möglichen Weg ein, der in seinem weiteren Verlaufe zur vollen Gleichberechtigung führen muß. Freilich kommen für diesen Fortschritt die gegenwärtigen liberalen Parteien, die durchaus als Verteidiger der kapitalistischen Sonderinteressen auftreten, nicht in Betracht.

Hamburg als Gewerkschaftsstadt.

(Zum Kongress.)

Am 22. Juni tritt der sechste Gewerkschaftskongress im hamburgischen Gewerkschaftshause zusammen. Wenn die Delegierten aus der Bahnhofsallee treten, sehen sie hinter den Bänken der Brodesalle die Spigen des stolzen Baues in die Höhe ragen, den die solidarisch verbundene Kraft der hamburgischen Arbeiterkraft schuf, in dessen weitem, lichtdurchflutetem Saale der Kongress tagen wird. Bei einem Vergleich der Tagungsalosse der Gewerkschaftskongresse von 1905 und 1908 wird unser Gewerkschaftshaus nicht zu kurz kommen. Wohl ist der Saal „Gärtnisch“ ein Bauwerk, das sich von innen und außen sehen lassen kann, ein Wahrzeichen rheinischer Patrizierkunst, in dessen Räumen mit gekältem Stein und geschmackvollem Interieur sich angenehm verweilen läßt; aber das kann man auch in unserem Gewerkschaftshause mit seiner schlichten Solidität im Innern. Was es aber vor dem vornehmlichen „Gärtnisch“ voraus hat, das ist sein Charakter des Arbeiterheims. Hier schauen die Wände nicht verwundert auf das fremde Treiben ihrer fremden Menschen. Hier fühlt man sich nicht als geduldet Gast bedrückt und beengt; weit öffnen sich die eigenen Türen den Gleichen, den Freunden, den Genossen, und mit freudigem Stolze können die Delegierten sich sagen, daß sie im eigenen Heim tagen, wie es ihnen schöner und größer kann eine andere Stadt würde bieten können. Hier möge sich kein Kuratorium ein Aufschickrecht über die Ausgestaltung des Saales an, frei kann warmempfindender Arbeiterinn die Formen und Farben bestimmen, womit er die weite Flare flüßig beleben, der Stimmung einen festlichen, wohlwollen Ton geben will. Unter die Stühle, unter das Haus! Und unter die Arbeiterkraft Hamburgs. Man pflegt bei solchen Anlässen die Bedeutung des Tagungsortes für die Gesamtbewegung zu betonen und auf die Rolle hinzuweisen, die die heimische Arbeiterkraft in dem Ganzen unserer Bewegung gespielt hat. Niemals kann das Wort vom „historischen Boden“ berechneter angewendet werden als hier. In Hamburg hat der Gedanke der modernen Gewerkschaftsbewegung zuerst Bürgerrecht gefunden. Von hier aus hat er gewirkt und das Band berührt. Im August vor 40 Jahren war es, als Schwebler und Frisgale nach der eben beendeten lebenden Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins von Hamburg aus den Ruf auf einen deutschen Arbeiterkongress erließen, dessen Aufgabe die

Gründung von Gewerkschaften sein sollte. Auf diesem Kongress waren auch die hamburgischen Arbeiter durch 22 Delegierte vertreten. Uebrigens war ihnen der wirtschaftliche Kampf längst nicht mehr fremd; schon im Jahre 1864 gewonnen die 800 Arbeiter der Dampfschiffen des Waggonfabrik einen Streik, den sie wegen Verzögerung der Arbeitszeit, um eine Stunde, führten. In den folgenden Jahren zeigte Hamburg ein wild lebendes gewerkschaftliches Leben. Für viele Jahre entstanden Organisationen, die die durch den Fall der Koalitionsverbote geschaffene Freiheit kräftig zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausnützten. Schon damals führten hamburgische Arbeiter einen Kampf, der sowohl durch seinen Umfang wie durch seinen tragischen Ausgang bis weit ins Land hinaus großes Aufsehen erregte. Das war der Streik der Maurer und Zimmerer im Jahre 1870, der am 12. Juni begann und am 29. Juni zu einem großen Demonstrationstzug führte, an dem über 6000 Mann teilnahmen. Der Zug wurde von Konstablen überfallen, die unter der wehrlosen Menge mit Knütteln dreinschlugen. Dann folgte ein Schreckensregiment der Polizeigewaltigen der Konterrepublik, das den Kampf geriet. Aber das konnte doch die aufstrebende Bewegung nicht für die Dauer erlösen. In den Zeiten des „Millardenkriegs“ schlugen die durch den Krieg teilweise zerstörten Organisationen aufs neue kräftige Wurzeln, und wieder wurde gekämpft, und meistens mit mehr Glück als im Jahre 1870. Die Hauptmasse der Gewerkschaftsgenossen bildeten die Tabakarbeiter und die Arbeiter der Baubetriebe. Die von Preußen ausgehenden politischen Unterdrückungsmaßnahmen griffen indes auch bald auf Hamburg über, und was sich deren Völkchen entwand, machte das Sozialistengesetz so ziemlich rüchlos hinweg. Nur wenigen Organisationen gelang es, dem Ansturm zu widerstehen, aber auch dort war nicht mehr gewonnen als eben das nackte Dasein; von einer gewerkschaftlichen Tätigkeit konnte nicht viel die Rede sein.

Als sich dann aber mit unvermindertem Lebensdrange die ersten Organisationsanstöße wieder bildeten, da war es besonders Hamburg, das das Zeichen zur Sammlung gab. Von hier aus kamen die ersten Anregungen zum streifen Zusammenfluß, und hier ging man den deutschen Arbeitern mit gutem Beispiel voran. Es war die Zeit der Arbeiterbewegung, wo Hamburg den Arbeitervereinsverband bildete und zugleich der ganzen Bewegung den agitatorischen und materiellen Rückhalt gab. Die kann es den hamburgischen Arbeitern vergessen werden, was sie damals für das deutsche Gewerkschaftswesen taten. Daß sie zu jener Zeit eine so bedeutende Aufgabe erfüllen konnten, lag auch daran, daß durch den Zollanschluß das Bau-

gewerbe mächtig gefördert wurde. Eine fließende Bautätigkeit herrschte an und im Hafen, viele auswärtige Arbeiter strömten hier zusammen und wurden dadurch mit dem Gedanken der Arbeitersolidarität befaßt. Die Organisationen erflärten und errangen manche Vorteile; bald waren die in Hamburg herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen vorbildlich für ganz Deutschland geworden und machten besonders die Arbeiter im übrigen Norden an, dem von Hamburg gegebenen Beispiel nachzueifeln.

Dann fiel das Sozialistengesetz. Eine neue Zeit brach an. Die alte, aufgewogene Form der Sozialen Organisation genügte nicht mehr, und wieder war es Hamburg, wo der Gedanke der Zentralisation seine entscheidenden Fortschritte fand. Nur langsam und unter schweren Kämpfen wurde die neue und bessere Organisationsform geschaffen. Aber für Hamburg, für das Hamburg der Arbeit, kamen schwere Zeiten. Die Wirtschaftskrise führte verheerend durchs Land und zwang viele arbeitstüchtige Hände zum Feiern. Natürlich wütete sie in der großen Handelsstadt, wo der Pulsschlag des Weltverkehrs viel deutlicher pocht, besonders verberbt und riß auch die Gewerkschaften mit in den Strudel hinein. Dann kam die furchtbare Cholera, die tollendete, was die Kräfte angeschlossen hatte. Handel und Wandel stockte, der Unternehmungsgeist, die sonst so rüstige Schaffenskraft war gelähmt und eine brüderliche Arbeitslosigkeit ließ auch das gewerkschaftliche Leben in vielen Berufen fast ganz erstarren. Die Zahl der Organisierten war von 30 468 im Jahre 1890 auf 23 287 im Jahre 1891 und auf 12 116 im Jahre 1894 gesunken.

Nach dem ersten Anzeichen des beginnenden Aufschwungs ermachte auch das Gewerkschaftsleben aufs neue. Die Sammlung beginnt, die Organisationen ermannen sich wieder und stellen sich dem übermächtig gewordenen Kapital zum Kampfe. Der gewaltige Kampf der Hafenarbeiter im Winter 1896 bis 1897 erschütterte die Grundfesten der konfessionellen Kapitalmacht und zeigte das Ermüden und Erstarren der Organisationen. Im nächsten Aufzuge ging die Mitgliederzahl in die Höhe. Von 17 498 im Jahre 1896 auf 26 419 im Jahre 1897 und 29 388 im Jahre 1898. Damit hatte sie den Stand von 1890 wieder erreicht, und nun ging es unaufhaltsam weiter. Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1903: 34 808, 1904: 37 281, 1905: 56 887, 1906: 72 112, und 1907: 95 583; die Jahreseinnahme betrug 1907 nahezu M. 8300 000. So kann Hamburg mit Recht als eine Hochburg der Gewerkschaften bezeichnet werden, wärdig und bewiesen, den Gewerkschaftskongress in seiner Mitte tagen zu sehen.

Die politische Emanzipation war bloß der erste Schritt, der allein aber die Voraussetzungen schuf, auf die gestützt, die ferneren Schritte vollbracht werden mußten. Jenes Geschlecht, welches die Revolutionen des vorigen Jahrhunderts vorant, mußte zur politischen Freiheit erzogen werden, und es ist im Wesentlichen der Sache begründet, daß die politische Erziehung früher beendet war, als die wirtschaftliche. Der nicht Gegenstand der Ausbeutung sein, wer nicht für den Vorgesetzten arbeiten will, muß selbständig produzieren, und es wäre Wahnsinn gewesen, von einem vieltausendjährigen Sklaverei noch gar nicht entworfenen Geschlecht die Fähigkeiten selbständiger Produktion zu erwarten. Diese Fähigkeiten lassen sich nur allmählich und mühsam erlernen; es muß dazu eine Organisation der Arbeit erst geschaffen werden, und zwar geschaffen im Wege organischer Entwicklung.

Es ist also richtig, daß der Liberalismus, nachdem er dem Prinzip der Gleichberechtigung Geltung verschafft, nicht erfüllt hat, was er versprochen, daß er die volle Freiheit und Gleichberechtigung nicht zu geben vermochte. Und ebenso richtig ist, daß jene dem menschlichen Fortschritt einen schlechten Dienst erwiesen, die, wie gerade unsere „Liberalen“, dieses Prinzip auf wirtschaftlichem Gebiet nicht gelten lassen wollen und in den alten Erbsfehler des Privilegiums verfallen, die menschliche Entwicklungsgehalte mit der bestehenden Gesellschaftsordnung gleichsam für abgeschlossen zu halten.

Der Liberalismus hat seine historische Aufgabe erfüllt; er tritt ab von der Bühne und macht dem Sozialismus Platz, der der Menschheit neue Ideale an Stelle der verlorengegangenen gibt und berufen ist, als Träger der Entwicklung der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und der politischen Gleichheit den Einklang zwischen Prinzipien und Tatsachen wiederherzustellen. Es ist unmöglich, daß die Ungleichheit der Lebensbedingungen, die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeit vom Kapitalismus, welche das privilegierte Sonderinteresse für „notwendig und unabänderlich“ erklärt, dauernd fortbesteht mit der politischen Gleichheit, welche man bekennt. Die höhere Sozialgerechtigkeit, die ökonomische Gleichheit, genöhnt und gefordert durch die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit mit dem Kapital als dienendem Arbeitsinstrument, muß Wahrheit werden, oder die freien Einrichtungen werden verschwinden und auch auf politischem Gebiete wird der Absolutismus wieder die Herrschaft gewinnen.

Das letztere nicht geschieht, dafür bürgt allerdings die unabweisliche und unübersteigliche Macht der höheren Gerechtigkeit, von der die soziale Bewegung der Gegenwart bestimmt wird. Das Altertum kannte die natürliche Gleichheit der Menschen nicht; der Sklave wurde betrachtet wie ein Lasttier; er konnte weder politische Rechte noch Eigentum erlangen. Die soziale Schwierigkeit war so außerordentlich vereinfacht. Die moderne Gesellschaft hat nicht behelligen Ausweg; sie gesteht allen die gleichen Rechte zu; für sie ist die Gleichheit aller Menschen ein unumstößliches Dogma, das Erfüllung besitzt bis in seine letzten Konsequenzen.

Sagt doch selbst der große Bourgeoisökonom Stuart Mill, auf den das „liberale“ Manifestum so stolz ist: „Wenn die Massen der menschlichen Rasse immer so wie jetzt leben sollen, Sklaven der Arbeit, an welcher sie kein Interesse haben und deshalb kein Interesse fühlen, das Leben dahinschleppend vom Morgen bis zum Abend, um nur die einfachsten Notwendigkeiten zu erhalten, und mit all den körperlichen und geistigen Fehlern, die ein solcher Zustand mit sich bringt, ohne Interesse als Bürger oder Glieder der Gesellschaft und mit dem Gefühl der erlittenen Ungerechtigkeit in der Brust — dann weiß ich nicht, warum irgend jemand sich noch um die Bestimmung der Menschheit kümmern sollte.“

Sich um diese Bestimmung zu kümmern und ihre Erfüllung zu sichern, das ist der geschichtliche Beruf des Sozialismus. Und die Macht, mittels welcher er diesem Berufe genügt, ist nicht der Wissenschaft die Arbeiterbewegung. Auf sie ist es im Sinne der Sozialgerechtigkeit fortzulegende Idee des Sozialismus übergegangen. Die Arbeiterklasse ist der geschichtliche berufene Erbe dieser Idee, die in ihrer höheren humanitären Entwicklung als Sozialismus erscheint. Es ist eine Torheit sondergleichen, wenn die dem sozialen Fortschritt sich widerstehenden „liberalen“ Parteien voll stiller Enttäuschung in Abrede stellen, der Liberalismus sei der „Vater des Sozialismus“. Er ist es, als die Idee des Menschlichen, die der beständigen Fortentwicklung unermüdeten.

Dem Kinde, das in seine Rechte tritt, schadet's nicht, wenn der entartete Vater es verweigert. Und möge er gar seine Hand bieten zur Verfolgung und Unterdrückung des Kindes (wie unsere „Liberalen“ es durch Schaffung und Pflege gewisser Ausnahmestellen und sonstiger Gehege so oft getan haben) — so ist das nur ein politisches Pendant zu der wirtschaftlich-sozialen Erscheinung, daß der Kapitalismus sich verflüchtigt an der eigenen Mutter, der Arbeit. Der Vater geht zu Grabe und die Sünde wird ein Ende nehmen. Dafür bürgt der Sozialismus.

Politische Umschau.

An die Maurer in Elsaß-Lothringen. Werte Kollegen! Sonntag, den 28. Juni, finden in ganz Elsaß-Lothringen die Gemeinderatswahlen statt. Diese Wahlen sind nicht nur für die Arbeiterchaft in den Gemeinden wichtig, sondern

sie sind auch mitbestimmend für die Zusammenfassung des Landesparlamentes, den sogenannten Landesausschuß. Ein Teil der Landesausschußabgeordneten wird von den Gemeinderäten der größeren Städte gewählt. Bis jetzt ist die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, im Landesausschuß unterrepräsentiert. Es muß daher Aufgabe der Arbeiter und besonders der Maurer sein, dafür zu sorgen, daß die Sozialdemokratie wenigstens in den großen Städten die Mehrheit erlangt, damit endlich auch in den Landesausschuß ein paar Sozialdemokraten hineinkommen. Bis jetzt war es der Bauarbeiterchaft nicht einmal möglich, eine Petition, betreffend den Bauarbeiterlohn, an die elsass-lothringische Regierung einzurichten, weil sich kein bürgerlicher Abgeordneter fand, der eine derartige Petition vertreten hätte. Aber auch eine Reihe von anderen, für die Arbeiter wichtigen Forderungen finden in diesem Parlament keine Vertretung. Anders aber ist es, wenn es sich um die Interessen der Unternehmer handelt! So wurden neulich von den Bauunternehmern zwei Petitionen eingereicht. In der einen wurde verlangt, daß bei Vergabe von Arbeiten nur Unternehmer, die im Lande wohnen, berücksichtigt werden sollten. In der zweiten verlangten sie, daß bei Vergabe von Arbeiten die sogenannte Streikklausel in die Verträge mit aufgenommen werden solle. Und nicht nur bei Streiks, sondern auch dann, wenn die Unternehmer ihre Arbeiter auspietern, soll der Staat so lange Aufschub gewähren, bis die Aussperrung beendet ist. Obwohl diese Verlangen der Unternehmer geradezu unerschämte Forderungen sind, fanden sie im Landesausschuß Abgenehmigung, die für die Interessen der Unternehmer eintreten, die dann auch wirklich der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen wurden.

Wollen also die Arbeiter, daß künftig auch ihre Wünsche berücksichtigt werden, so müssen sie dafür sorgen, daß sie eine Vertretung im Landesausschuß erhalten. Dazu ist Sonntag, den 28. Juni, Gelegenheit gegeben, wenn alle unsere Kollegen zur Wahl gehen und ihre Stimme für die von der Sozialdemokratie aufgestellten Kandidaten abgeben.

Aber nicht nur im Landesausschuß brauchen wir Vertreter, sondern auch in den Gemeinderäten können wir sehr viel für die Arbeiter getan werden. In den Städten, wo die Sozialdemokratie bereits eine nennenswerte Vertretung hat, ist dies auch geschehen. Es ist unmöglich, hier alles aufzuzählen, was die sozialdemokratischen Vertreter im Interesse der Arbeiter schon geleistet haben. Nur einiges wollen wir herausgreifen. In Straßburg wurde mit dem Verband der Gemeindefürsorge ein Vertrag abgeschlossen, der die Löhne der Arbeiter erhöht. Das heißt also, die Organisation wurde von der Stadt als Vertreterin der Arbeiter anerkannt. Dies kann von den anderen deutschen Städten nicht gesagt werden, selbst nicht von solchen, wo die Freiwirtschaft die Mehrheit haben. Weiter wurde beschlossen, daß die arbeitslosen Mitglieder derjenigen Gewerkschaften, die Arbeitslosenunterstützung zahlen, von der Stadt einen Zuschuß zur Unterstützung von 50 hzt. erhalten. Für die Arbeitslosen der Gewerkschaften, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, muß im Winter sogenannte Notstandsarbeit beschafft werden, allerdings auch für die Arbeiter, die keiner Gewerkschaft angehören. Da die Maurer im Winter am allermeisten von der Arbeitslosigkeit betroffen werden, so ist gerade diese Einführung für sie von großer Wichtigkeit. Auch dafür ist gesorgt, daß die Löhne bei dieser Notstandsarbeit nicht allzu niedrig sind. Waren doch einige Bürgerliche, natürlich Liberaler, gegen die Höhe der festgesetzten Löhne, weil sie dann keine Arbeiter mehr bekämen, so ihre alten Arbeiter sogar verließen, da die Löhne bei den Notstandsarbeiten höher seien als die, die sie zahlten. Dann ist auch auf Anregung der sozialdemokratischen Gemeindefürsorge ein Baukontrollrat aus Arbeiterkreisen angeordnet worden. In dem Statuten der Stadt ist festgelegt, daß jeder Unternehmer, der städtische Arbeiten übernimmt, verpflichtet ist, Tarifverträge, die zwischen Unternehmen und Arbeitern des betreffenden Berufs bestehen, einzuführen. Das, was hier von Straßburg gesagt ist, trifft auch für Mülhausen zu. Dies wenige, was wir davon angeführt haben, dürfte wohl vollaus genügen, um gerade der Bauarbeiterchaft zu zeigen, wie wichtig die Gemeindefürsorge für sie sind.

Aber alles das, was bis jetzt für die Arbeiter in den Gemeinden getan wurde, ist lediglich getan durch die Vertreter der Sozialdemokratie. Wemals dafür ist, daß lediglich in den Städten etwas für die Arbeiter getan wurde, wo die Sozialdemokratie eine nennenswerte Vertretung hatte, was leider nur für Straßburg und Mülhausen zutrifft. Aber etwas Leben und etwas Fortschritt ist auch dort schon zu bemerken, wo auch nur einige Sozialdemokraten vertreten waren. Deshalb möchten wir alle unsere Kollegen ersuchen, am 28. Juni bei den Gemeinderatswahlen nur für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen. Ganz besonders möchten wir dies aber unseren Kollegen in Straßburg und Mülhausen ans Herz legen; denn gerade in diesen beiden Städten hatten die Sozialdemokraten schon einen wesentlichen Einfluß und nur diesem Einfluß ist es zu verdanken, daß vieles für die Arbeiter geschaffen werden konnte. Diesen Einfluß der Arbeitervertreter zu schwächen, ist aber das Bestreben der Gegner. In beiden Städten haben sich sämtliche Parteien zusammengeschlossen, um zu verhindern, daß die Sozialdemokraten wieder auf dem Rathaus einzeln. Zentrum, Liberale, Demokraten usw. gehen in trauriger Gemeinschaft zusammen gegen die Sozial-

demokratie vor. Ja, in Straßburg hat man sogar zu Ungunsten der Arbeiterchaft eine Neuchestellung der Wahlkreise vorgenommen, um die verhassten Sozialdemokraten los zu werden, damit die Herren-Vertreter des Geldsacks da oben nicht immer daran erinnert werden, daß es auch Arbeiter gibt, die ihre Rechte verlangen.

Jedoch muß dies Vorgehen der Bürgerlichen ein Ansporn für die Arbeiter und speziell für die Maurer sein, nicht nur am Wahltag einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben, sondern auch während des Wahlkampfes ihre Schuldigkeit zu tun. Bei der Flugblattverteilung darf kein Maurer fehlen! Auf den Bauplätzen und überall, wo sich Gelegenheit bietet, muß für die sozialdemokratischen Kandidaten agitiert werden. Nach Beendigung der Wahl müssen wir mit Genugtuung sagen können, auch die Maurer haben ihre Schuldigkeit getan!

Der Unternehmervorterrismus ist unbegrenzt! Die sogenannten „Staatsbehörden“ haben jahrzehntlang ihre gegen die freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen gerichteten terroristischen Praktiken mit der Erklärung zu „rechtfertigen“ versucht, daß es gelte, „sozialdemokratischen Unruhezuständen“ nachdrücklich entgegenzuwirken. Das „gute“ Unternehmertum hat sich nicht darauf beschränkt, sozialdemokratische Arbeiter und die im Verdacht sozialdemokratischer „Untertriebe“ stehenden Organisationen zu mahregeln; es hat auch eine Zeitlang sich beteiligt an der Gründung solcher gewerkschaftlicher Organisationen, von denen man voraussetzte, daß sie in „gutem, nationalem, christlichem, staatsvereheltem und ordnungsgemäßen Geiste“ ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie bilden würden. Aber sobald derartige Gewerkschaften einmal etwas ernsthaft die Forderung der Arbeiterinteressen gegenüber dem Kapitalismus sich anlegen ließen; traf auf sie der terroristische Vandalismus des Unternehmertums. Das Bekenntnis zur nationalen und christlichen Gesinnung hat keine dieser Gewerkschaften davor bewahrt, vom Arbeitsherrentum genau so behandelt zu werden, wie die sozialdemokratischen Organisationen. Die schamlosmachende Richtung im Unternehmertum, die ja die maßgebendere ist, will überhaupt keine Arbeiterorganisationen anerkennen.

Die „Frankf. Zeitung“ bringt zu diesem Kapitel einen neuen Beitrag. Sie veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller, in welchem den Mitgliedern Kenntnis gegeben wird von Beschlüssen des Verbandsvorstandes, die den Zweck haben, das Koalitionsrecht der angelegten Techniker und kaufmännischen Gehilfen zu bergehalten. Das Rundschreiben lautet:

München, den 3. Juni 1908.

An die Mitglieder des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Der Vorstand des Verbandes hat in seiner Sitzung vom 21. Mai 1908 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Es wird gegenüber den Vertretungen des Bundes technisch-industrieller Beamter Stellung in der Art genommen, daß nach Möglichkeit auf Reduzierung der in den einzelnen Werken beschäftigten Mitglieder hingewirkt wird, insbesondere sind bei Neueinstellungen Gründungen nach der Angehörigkeit zu diesem Bunde anzustellen, und haben Neuaufnahmen für diesen Fall zu unterbleiben. Ferner wird ein Antrag an den Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gestellt, in die Beratung gemeinsamer Maßregeln mit landwirtschaftlichen Einrichtungen einzutreten und schon jetzt seinen Mitgliedern die gleiche Stellungnahme, wie oben bezeichnet, zu empfehlen. In dieser Richtung ist auch auf den Verein Deutscher Arbeitgeberverbände einzuwirken.

2. Die gleiche Stellungnahme soll gegenüber nachstehenden kaufmännischen Organisationen eingenommen werden:

Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Hamburg; 1858er Verein für Handlungsbeamte, Hamburg;

Verein Deutscher Kaufleute, Berlin, und Verband Deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig.

Bei diesen Verbänden aber soll möglichst jezt schon eine Ausmerzung der Mitglieder aus den Verträgen der einzelnen Werke angestrebt werden.

Die Gründe, welche den Vorstand veranlassen, in dieser Weise gegen die Organisationen der Angelegten Stellung zu nehmen, ergeben sich aus dem anliegenden Schreiben. Aus den Verhandlungen erlauben wir uns noch anzuführen, daß in der Sitzung festgestellt wurde, daß mit diesen Verbänden der Verband in erster Linie seine Stellung zu den Organisationen der Angelegten dokumentieren wollte, daß aber ein ausgeprägter Zwang auf die Mitglieder nicht ausgeübt werden soll. Es wurde aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse im Sinne des Antrages vorgehen werden.

Gedruckungsschloß.

Verband Bayerischer Metallindustrieller.

Die Geschäftsstelle: König, Rechtsanwalt.

Die diesem Schreiben beigefügte Begründung geht in der Hauptsache dahin: Die Unternehmern dürfen nicht dulden, daß auch die Organisationen der technischen Angelegten gleich den Arbeitern das sogenannte konstitutionelle Arbeitsrecht anstreben, ja, daß sogar mit den gewerkschaftlichen Organisationen auf eine Stufe stellen. Demgegenüber gelte es, rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln zu treffen, und zwar gegen die drei großen technischen Organisationen und die vier großen kaufmännischen Verbände.

Der Bund technisch-industrieller Beamter würde die Fabrikangelegten den Unternehmern zu „entfremden“; er trage offen die Tendenz zur Schaffung mit hineingeworbenen in die Regelung der Arbeitsbedingungen; dieselbe Tendenz werde der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der u. a. „sogar“ eine Bindung der Arbeitgeber in Bezug auf

die Gefährten und auf die Arbeitszeit verlange; je stärker und mächtiger die hier in Betracht kommenden Organisationen werden, desto schwerer werde es den Arbeitgeber sein, ihre Rechte zu behaupten.

„Ihre Rechte“, d. h. das angemessene Recht der sogenannten Unternehmerautorität, völlig willkürlich mit den Arbeitern zu verfahren. Rechte der Arbeiter und Angestellten kennt das Autokratie-Verhältnis ja überhaupt nicht. Der Vorkommnisautokratie des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller trifft Organisationen, die stets in geradezu demonstrativer Weise auf ihre „nationale und ordnungsführende“ Gesinnung gepocht haben, um streng von den „bösen“ sozialdemokratischen Organisationen unterchieden zu werden. Sie haben es auch an Kundgebungen abzuwenden. Standesdünkel nicht festlegen lassen; um keinen Preis wollten sie verglichen sein und Berührungspunkte haben mit den „gewöhnlichen Arbeitern“. Und nun trifft sie als Rebellen gegen die Unternehmerautorität doch deren Panustrahle. Wir wünschen, daß ihnen diese Erfahrung zur Eundung ihres Geistes dienen möge.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

- Hansastädte:**
 Travemünde (Sperre über Schrmann), Lübeck (Sperre über Görner & Heidenreich);
Schleswig-Holstein:
 Insel Fehmarn, Kappeln a. d. Schl. (Aussperrung), Rendsburg (Sperren über das Rader Kokswerk, das Stahl- und Walzwerk und die Karlsruhte);
Mecklenburg:
 Güstrow (Sperre über Thielke), Sülze (Sperre über Holdorf);
Brandenburg:
 Wittstock a. d. B., Prenzlau, Woldenberg, Nowawes (Streiks), Bernau (Sperre über Torge aus Wilmersdorf), Jüterbog (Sperre über Neumann in Dalichow), Buch und Albertshof (Sperre über die Bauten des Unternehmers Torge), Neu-Buch (Sperre über Ehrlich);

Pommern:

- Pyritz, Wolgast (Differenzen), Jarmen (Sperre über Brand & Heidschmidt), Pölitz (Streik);
Ost- und Westpreussen:
 Lautenburg (Streik), Hammerstein (Sperren über Kofahl und Karge);

Posen:

- Hohensalza (Streik);

Schlesien:

- Märzdorf (Sperre über Scheundel in Grebelwitz), Festenberg (Sperre über Steinbach aus Steglitz);
Königreich Sachsen:

- Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Berndt & Söhne, Berlinerstrasse, in L.-Leutisch Eisengießerei E. Becker & Co., in L.-Möckern K. Edlich, Hühnerbeierstrasse, und M. Steyskal, Sohrstrasse), Mülsen-St. Niklas (Sperre über Ferd. Döhn), Knautkleeberg (Sperren über David Ludley und L. Loos), Kenschberg (Sperre über Bautzmann aus Lützen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

- Cracau b. Magdeburg (Sperre über Weingart), Merkwitz b. Halle (Sperre über Becker);

Thüringen:

- Arnstadt (Sperre über Gressler);
Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:
 Norderney (Aussperrung), Stadthagen, Herzberg a. H. (Streiks), Misburg (Sperre über die Zementfabrik „Germania“);

Westfalen und Rheinland:

- St. Johann (Sperre über Ackermann in Merckweiler), Elberfeld (Sperre über die Arbeiten der Firma Diedrich & Co. aus Stettin an der Gasanstalt);

Hessen und Waldeck:

- Heppenheim a. d. Bergstrasse (Sperren über F. Gg. Held und Störz), Darmstadt (Sperren über Raab, Kirsch, Schmidt und Pfeifer in Hahn, Streik der Zementierer), Frankfurt a. M. (Aussperrung der Rabitzer und Zementierer);

Baden-Pfalz:

- Kaiserslautern, Dürkheim (Streiks), Mannheim-Ludwigshafen (Sperre der Isolierer über die Mannheimer Isolierwerke und die Korksteinfabrik), Lambrecht (Sperre über Brenk), Hassloch (Sperren über Bittlinger und Steidel);

Bayern:

- Wasserburg (Sperre über Nabauer), Pfarrkirchen (Streik);

Fliesenleger:

- Rheinland-Westfalen (Abwehrstreiks), Frankfurt a. M. (Streik);

Schweiz:

- Iverdon (Streik), Bern (Differenzen);

Oesterreich:

- Gloggnitz, Kaaden, Klado, Königsberg, Rovereto, Spalato, Taus, Troppau, Ung. Hradisch, Wien.

Ungarn:

- Arad, Debreczen, Kassa, Nagybecskerek, Csomony, Komor (Aussperrung), Balassagyarmath (Streik);

Schweden:

- Aussperrung über das ganze Land angedroht.

Die Wahrheit über den „Streikbruch“ in Argentinien.

Gegenüber der Darstellung der „Baugewerkschaft“ über das Verhalten unserer Mitglieder bei dem Streik in Argentinien erhalten wir folgende Zuschrift: Durch eingehende, persönliche Untersuchungen haben wir festgestellt, daß es sich, wie immer bei solchen christlichen Alarmnachrichten, um einen ganz blumpen und unverschämten Schwindel handelt. Der Kollege Arndt in Thorn, der übrigens, wie beiläufig bemerkt sein mag, nicht Vorsitzender unseres dortigen Zweigvereins ist, ist nicht aus Streikbrecherlust nach Argentinien aus freien Stücken gefahren, sondern hat vom Techniker des Herrn Rippe aus Argentinien eine Stelle als Polier dort angeboten erhalten und ist mit noch drei, nicht zwölf, Kollegen nach Argentinien gefahren. Diese Kollegen haben aber nicht geglaubt, daß die Christen, die sich sonst in Ost und Westpreußen, wo sich nur irgend Gelegenheit bietet, mit Vorliebe als „Arbeitswillige“ gebrauchen lassen, in Argentinien ihren alten Traditionen zuwider auch einmal streikten. Als unsere Kollegen von dem Streik der Christen an Ort und Stelle erfuhren, haben sie selbstverständlich die angebotene Arbeit nicht angenommen, sondern den streikenden Christen noch obenrein mehrere Liter Schnaps spendiert, damit für freies Gut der Christen entsprechend Sorge getragen, und sind am selben Tage wieder nach Thorn zurückgefahren. Das ist die „Unterstützung, die sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter dem Argentinier Millionär gegen arme, um ihre Existenz ringende Arbeiter haben zu teil werden lassen“, um mit der „Baugewerkschaft“ zu reden. Daß unsere Kollegen in Argentinien bei dieser Gelegenheit auch auf den Zentralverband hinwiesen, bestreiten sie nicht. Zahlstellen aber durch Streikbruch zu vernichten, das überlassen sie ausschließlich den Brüdern in Christo.

Damit wäre den Christlichen also dieser fetter Bissen aus ihrer Agitationskassette genommen, und sie sind wieder so arm wie zuvor.

Gau Köln.

In Köln mußte am 10. Juni das Baugeschäft von Weiskopf, Baustelle Humboldtstrasse, gesperrt werden, weil Weiskopf den Lohn für Maurer von 60 S auf 52 S pro Stunde herabsetzen wollte. Die Hilfsarbeiter sollten nur noch 45 S statt 50 S pro Stunde erhalten. Nach zweitägiger Dauer konnte die Sperre aber wieder aufgehoben werden, da sich der Unternehmer bereit erklärte, den tarifmäßigen Lohn wieder zu zahlen.

Gau Frankfurt a. M.

Der starke wirtschaftliche Rückschlag in unserem Bezirk und der Ausgang der Lohnbewegung für die meisten größeren Orte machen auch die Bewegung in den kleineren Orten schwieriger. Das macht mancherorts zu größerer Vorsicht. Die „Gartnerei“ und „Widerstandsarbeit“ der Unternehmer sind dadurch aufgehalten worden. Die Lage des Arbeitsmarktes ist überall sehr gedrückt, das Angebot von Arbeitskräften ist sehr groß, und das alles beeinflusst die Bewegungen. In manchen Orten scheint der Appetit der Unternehmer nach schlechteren Löhnen beim Essen zu wachsen. In verschiedenen Orten fräuben sie sich sogar, die abgeschlossenen Verträge durchzuführen. Im Casseler Bezirk ist es sogar in Weiskopf und Gubenberg gelungen, den Lohn trotz des bestehenden Vertrages um einige Pfennige zu kürzen, ebenso in Groß-Mühen und teilweise in Oberstein. Im letztgenannten Orte glauben sich die Unternehmer durchaus nicht zur Durchführung des Vertrages verpflichtet. Es war natürlich unseren Vertretern sehr leicht, das Gegenteil zu beweisen, worauf sich die Herren dann auch bereit erklärten, den Vertrag durchzuführen. So wird in neuester Zeit noch aus einigen anderen Orten berichtet, daß die Unternehmer planten, die Löhne herabzusetzen. Diese Vorfälle der Unternehmer werden, wie bereits bemerkt, durch die Verhältnisse gestiftet und bedürfen von der Organisation der scharfen Beachtung und selbstverständlich der energischen Zurückweisung.

In Mainz haben wir gegenwärtig einen Konflikt mit der Firma Keller & Mannheim. Diese führt dort die neuen Katernbauten aus und nimmt sich das Recht heraus, unsere Mainzer Verbandsmittelglieder systematisch von der Arbeit auszuschließen. Bei unseren Verbandsmittelgliedern in Mainz herrscht natürlich die größte Empörung. Auf der einen Seite kommt die Firma als Mitglied des mittelrheinischen Arbeitgeberverbandes her und schließt mit uns einen Vertrag und auf der anderen Seite schließt sie die Vertragskassierer von ihren Arbeitsplätzen aus und führt die Arbeit mit Unionsarbeitern fertig zu stellen. Was würden wohl die Herren vom Arbeitgeberverband sagen, wenn sich unsere Mitglieder das Recht herausnehmen, einzelnen Unternehmern die Maurer in der einen oder anderen Form absperrig zu machen. Beim Arbeitgeberverband ist in der Sache Beschwerde geführt worden.

Fliesenleger.

Ueber den Stand des Streits im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird berichtet:

Der Streik erstreckt sich über alle wichtigsten Klänge in Rheinland und Westfalen. Beschäftigt sind hier 548 Fliesenleger, wovon 489 organisiert sind. Unternehmer der Branche sind 109 zu verzeichnen, wovon 60 dem Arbeitgeberverband angehören. Im Streik befinden sich 418 Fliesenleger. Davon gehören 223 dem Zentralverband der Maurer, 114 dem christlichen Verband und 81 der lokalen „Verenigung der Fliesenleger“ an. Zu den alten Bedingungen arbeiten 60 zu den neuen 80 Leger. Einige Unternehmer haben die Forderungen der Fliesenleger bereits anerkannt. Der Streik liegt bis jetzt für die Arbeiter sehr günstig. Deshalb versucht auch der Arbeitgeberverband, die öffentliche Meinung zu Ungunsten der Fliesenleger zu beeinflussen, indem er die bürgerliche Presse durch Entstellung der Tatsachen und Verdächtigung der Streikenden inspiriert. So wird u. a. in einer solchen Notiz behauptet, daß für verschiedene Städte seitens der Arbeitgeber eine Zulage von 7-3 pro Stunde zugestanden sei. Es trifft dieses nur für einen Ort zu. Daß aber für 13 Orte Zulagen von 2 bis 10 S pro Stunde und sonstige weitgehende Verbesserungen eintreten sollen, wird wohlweislich verschwiegen. Dann soll auch der Lohn der Fliesenleger „ohne Berechtigung außerordentlich hoch“ sein. Im Afford sollen

durchschnittlich 41 pro Stunde und oft erheblich darüber verdient werden. Das sehr häufig auch im Afford nicht einmal der Stundenlohn verdient wird und daß der größte Teil der Fliesenleger, die die Hälfte des Jahres arbeitslos ist, das wird natürlich ebenfalls verschwiegen. Den Gipfel der Wahrschmeichelei erreicht aber eine Notiz der Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes, die dieser Lage verbannt wurde. Dort werden zunächst die oben bezeichneten Unwahrheiten wiederholt. Dann heißt es weiter: „so ist klar erkennbar, daß es sich nur um eine Wuchprobe handelt, und um der Streikluft der Arbeiter Vorwurf zu leisten“. Was hier den Arbeitern unterzogen wird, ist auf Seiten der Unternehmer vorhanden. Die Arbeiter wollen nur die ihnen von den Unternehmern angebotenen Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen abwehren, und das ist „Wuchprobe“ und „Streikluft“. Sodann wird weiter, ohne auch nur die Spur des Beweises zu haben, behauptet: „daß in Essen wie in Düsseldorf die am Tage fertig gestellten Plattierungsarbeiten nachts von den Streikenden wieder zerstört und beschädigt werden“. Was mit diesen beweislosen Verdächtigungen der Streikenden erreicht werden soll, wird denn auch nicht verschwiegen, es heißt nämlich: „Solch einem Unwesen muß unbedingt mit aller Schärfe entgegengetreten werden, und es wäre wünschenswert, wenn die Polizei hier tatkräftig einschreitet“. Und zum Schluß: „Hoffentlich wird ein solches Verhalten in der Deutschtätigkeit die gebührende Beurteilung finden.“ Also die Polizei und die öffentliche Meinung sollen hier gegen die Streikenden beeinflusst werden. Es muß aber gleich um die Sache der Unternehmer bestellt sein, wenn der Arbeitgeberverband sich zu diesem Zwecke solch erbärmlicher Mittel bedient.

Nach der Arbeitsniederlegung verlangte der Arbeitgeberverband, daß die Leger die begonnenen Arbeiten noch zum alten Tarif fertig stellen sollten, da dies ja auch dem allgemeinen Rechtsempfinden entspreche.“ Also trotzdem die Fliesenleger ohne Kündigung arbeiteten, sollten sie nun den Unternehmern zuliebe die Arbeit wieder aufnehmen und ihnen wenigstens die bringenden Arbeiten noch fertig stellen. Eine wirklich etwas sonderbare Zumutung. Als diesem Verlangen nicht nachgegeben wurde, teilte der Arbeitgeberverband den Arbeiterorganisationen mit, daß am 20. Mai eine Fortanführung der Vereinigung der Arbeitgeber im Plattengebiet stattgefunden habe, und daß diese beschlossen habe, wenn nicht bis zum 5. Juni die Arbeit wieder aufgenommen sei, um die angefangenen Arbeiten fertig zu stellen, die sämtlichen Fliesenleger im Bezugsgebiete auszusperrten. Eine geradezu lächerliche Drohung; denn aussperrten können die Unternehmer nur die paar Streikbrecher, die ihnen noch geblieben sind. Zu den Streikbrechern müssen auch mehrere Mitglieder der „Freien Vereinigung“ gerechnet werden, die Plattenarbeiten unter dem Namen einer eigenen Firma für eine größere gesperrte Firma ausführen. Bisher sind diese Leute, trotzdem sie darunter auch der bisherige Führer der Essener Lokalfisten befindet, nicht zu bewegen gewesen, sich mit ihren Kollegen solidarisch zu erklären. Sie sollen sich sogar unter polizeilichem Schutz begeben haben. Die Unternehmer verfahren jetzt die bringenden Arbeiten durch Maurer fertigstellen zu lassen. Wir erlauben unsere Mitglieder, Streikarbeit unter allen Umständen zu bewahren und den Fliesenlegern den Kampf nicht zu erschweren.

Aus Oesterreich.

Unter den österreichischen Streikorten finden die Kollegen auch den Ort Troppau, wo die Kollegen für ihre höchst gerechtfertigten Forderungen kämpfen. Der Streik dauert jetzt etwa drei bis vier Wochen und wird leider durch Streikbrecher erschwert, die zum Teil aus Deutschland kommen. Da wohl anzunehmen ist, daß diese Unternehmernfreunde früher oder später wieder in Deutschland arbeiten werden (nach ihren Angaben haben sie früher in Berlin gearbeitet), so wird es vorteilhaft sein, ihre Personalien festzuhalten. Es sind Gotsch, Guttfeld, König und Wena aus Leipzig, Langer, Odrusnit und Walder aus Deutsch Krassau, Stobanek, Ondruch und Kofchan aus Al.-Goschütz und Alfons Babek aus Leitmeritz. Als Streikbrechervermittler wirken zwei Poliere, Genrich und Jurek in Al.-Goschütz. Vor Arbeitsangeboten von dieser Seite muß also gewarnt werden.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Das neue Reichsvereinsgesetz. Nach den uns zugegangenen Mitteilungen sind einige Zweigvereinsvorstände der Meinung, daß die Zweigvereine auch auf Grund des neuen Vereinsgesetzes den Behörden gegenüber Verpflichtungen haben. Diese Meinung ist nicht richtig! Die Zweigvereine unseres Verbandes fallen überhaupt nicht unter das Vereinsgesetz und haben daher den Behörden gegenüber auch keinerlei Verpflichtungen. Infolgedessen brauchen die Zweigvereinsvorstände keine Mitgliederversammlungen anzumelden, kein Statut, kein Verzeichnis der Mitglieder und auch kein Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen. Ebenso wenig ist den Behörden eine Nennung in den Satzungen (Statut), noch im Vorlande, noch in dem Mitgliedsverzeichnisse bekannt zu geben. Die Vereinsversammlungen dürfen auch von den Behörden nicht überwacht werden.

Öffentliche Versammlungen unterliegen einer Anzeigepflicht nur dann, wenn sie sich mit politischen Angelegenheiten befassen. Das Gesetz bestimmt aber im § 6 ausdrücklich, daß öffentliche Versammlungen zur Förderung von Verabredungen und Vereinigungen zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen der Anzeigepflicht nicht unterliegen.

Extrablatt 1907. Um den Mitgliedern, die noch mit ihren Extrablättern im Rückstand sind, Gelegenheit zu geben, diese Rückstände während dieses Sommers begleichen zu können, sollen die Extrablattmarken bis zum Schluß des dritten Quartals (30. September) im Besitze der Zweigvereine bleiben. Die Zweigvereine, deren Mitglieder keine Extrablattmarken

Leipzig. Die Leipziger Kollegen beschäftigten sich in einer am 3. Juni im Volkshaus abgehaltenen Versammlung mit der Gründung eines Zweigvereins. Kollege Verthold führte zu diesem Punkte etwa folgendes aus: In den letzten Jahren seien wiederholt Anregungen zur Gründung eines Zweigvereins gekommen. Trotzdem das Verbindungsverbot gefallen war und auch verschiedene Berufs-Zweigvereine gegründet hätten, sei die Verwaltung, gestützt auf die früher gemachten Erfahrungen, nicht dazu gekommen, einen Verein zu gründen. Nachdem nun das Reichsvereinsgesetz geändert sei, wäre es zweckmäßig, einen Verein zu gründen. Zweckmäßig sei es aber auch, einen Einblick auf die Leipziger Bewegung zu tun. Im Jahre 1883 wurde der erste Fachverein gegründet. Obwohl das Vermögen nur M. 2000 betrug, traten die Kollegen im Jahre 1884 in den Streik, der nach 13 Wochen erfolglos endete. Im Jahre 1885 wurde der erste Geldeausgleich gewählt, jedoch war dieser Geldeausgleich nicht so, wie ihn sich die Unternehmer gewünscht hätten. Der Fachverein wurde im Jahre 1887 aus nichtigen Gründen aufgelöst. Der Geldeausgleich sollte mit der Hamburger Agitationskommission in Verbindung getreten sein und wurde deshalb ebenfalls aufgelöst. Die Mitglieder des Ausgleiches wurden bestraft. Bis zum Jahre 1890 wurde jede Versammlung, die sich mit der Gründung eines Fachvereins beschäftigen wollte, verboten. Im Jahre 1890 wurde wiederum ein Verein gegründet, welcher ebenfalls nach kurzem Bestehen aufgelöst wurde. Da nun im Jahre 1891 in Götting der Zentralverband gegründet wurde, schlossen sich die Leipziger Kollegen am 5. März 1892 dem Verbande als Einzelmitglieder an. War der Lohn von 40 S im Jahre 1887 auf 48 S im Jahre 1889 gestiegen, so reduzierten die Unternehmer den Lohn im Jahre 1891. Die Bauherren, die diesbezüglich verhängt wurden, gingen verloren, und die Unternehmer reduzierten den Lohn auf 35 und 36 S. Im Jahre 1895 wurde abermals in den Streik getreten; die Unternehmer sperrten auch die Straßbrecher aus, mußten aber dann den Lohn um 10 S pro Stunde erhöhen und die Arbeitszeit auf 10 Stunden verkürzen. Der Streik im Jahre 1897, der 17 Wochen dauerte, wurde erfolglos beendet. Bei den späteren Verhandlungen mußten aber die Unternehmer den Lohn auf 52 bzw. 55 S erhöhen und die Arbeitszeit auf 9½ bzw. 9 Stunden verkürzen. Bei den späteren Tarifabschlüssen wurde dann der Lohn bis zu 65 S erhöht. Nachdem die Gründung eines Vereins beschloffen wurde, wurde die Vorstandschaft vollzogen. Gewählt wurden Kollege Verthold als erster Vorsitzender, Kollege Buch als zweiter Vorsitzender, Kollege Schiele als erster Kassierer, Kollege Wauersfeld als zweiter Kassierer, Kollege Nisch als Schriftführer; als Beisitzer die Kollegen Kopitz und Gräfe. Die früher gewählten Revisoren wurden in ihrem Amte belassen. Unter Berufungsbefreiung teilte Verthold mit, daß die Unternehmer um die Unterdrückung des Tarifs nachgefragt; er habe aber diese abgelehnt. Kollege Bestedt beantragt, daß den auf Grund der Berufungsbefreiung gewählten Vertretern der Bericht des Arbeiterssekretariats unentgeltlich von der Organisation geliefert werde. Dieser Antrag wurde angenommen. Kollege Verthold berichtete über die Verhandlungen mit der Radspinnerei und ersuchte die Kollegen, Mitarbeiter nicht für 65 S pro Stunde herzustellen, sondern den tarifmäßigen Lohn zu verlangen. Die Arbeiterinnenarbeit im zoologischen Garten, sowie die Befürworte gegen die Kollegen Köster und Rude wurde dem Vorstand überwiesen. Kollege Verthold ersuchte noch die Kollegen, auf der Baustelle eine strengere Buchkontrolle vorzunehmen, damit die Streichungen wegen Beitragsresten verschwinden.

Worzhelm. Die Bautätigkeit ist zur Zeit sehr gut, so daß auch viele Kollegen aus dem von schwerer Arbeitslosigkeit heimgesuchten Marktsbue hier arbeiten können. Die private Bautätigkeit ist besonders stark, doch stehen uns noch keine Zahlen darüber zur Verfügung. An öffentlichen Bauten sind für dieses Jahr oder die folgenden Jahre geplant: Verwaltungsgebäude für das Elektrizitätswerk, Neubau der Hochschule (Bausumme M. 86 400), Altersheim für Invaliden, Einz- und Radspinnerei mit Neubau der Antriebs- (Bausumme M. 5254 849,70), Volksbad, Goldschmiedehalle, Rumpfschule und Erweiterungsbau des Rathhofs, dessen Kosten auf M. 8322 00 veranschlagt sind. Für die Goldschmiedehalle und Rumpfschule hat der Landtag bereits als erste Baubate M. 400 000 bewilligt.

Planen i. B. Zwei Versammlungen fanden hier in letzter Zeit statt. Die eine am 13. Mai mit folgender Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Situation im Baugewerbe und das Ergebnis der Tarifabschlüsse. 2. Wahl des Zweigvereinsvorstandes. 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt referierte Kollege Schmitz. In der Diskussion wurde die Kritik des Verbandsvorstandes scharf kritisiert. Man sprach auch über die beruflichen Verhältnisse. Vom Kollegen Wille wurde der Antrag gestellt, eine Petition an den Stadtrat einzulegen, daß Ausländer im Baugewerbe entlassen, dafür hiesige Steuerzahler eingestellt werden. Dieser Antrag wurde nach einiger Aufklärung einstimmig abgelehnt. In den Zweigvereinsvorstand wurden gewählt: Emil Schmidt, erster Vorsitzender und Alwin Gert, erster Kassierer. Die andere Versammlung fand am 3. Juni statt. Die Tagesordnung lautete: Vortrag des Kollegen Schmitz über „Agitation und Organisation“. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung unter Bedauern über den späten Abend. Darauf hielt Kollege Schmitz einen Vortrag. Es entwickelte sich eine anhaltende Debatte; es wurde stark gerügt, daß die ausländischen Kollegen eine Versammlung im „Klosterkeller“ abgehalten haben, betreffs des Antrages des Kollegen Wille. Der Antrag wurde vom Kollegen Sippel erneut gestellt, aber einstimmig abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, Kontrollkarten einzuführen und Baubelegteinstellungen einzubringen. Kollege Schmitz berichtete noch, daß er beim Arbeitgeberbund vorstellig geworden sei und dieser erklärt habe, daß ein derartiger Beschluß, den Lohn zu kürzen, nie gefaßt worden sei. Ferner wurde ein schriftlicher Antrag der Bauarbeiter beraten, worin verlangt wird, daß Bauer ausgeschlossen wird, da er Unterführer gemacht und dafür eine Woche Gefängnis erhalten hat. Bauer arbeitet in Meuselwitz; des-

halb wurde die Sache vertagt. Mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer wurde die Versammlung geschlossen.

St. Johann. Am 3. Juni tagte hier eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: „Der deutsche Arbeitgeberverband in seiner wahren Gestalt“. Referent war Kollege Schrot von hier. Er schilderte den Anfang der Arbeitgeberverbände und den der Gewerkschaften bis zur heutigen Entwicklung. Weiter schilderte er noch die diesjährigen Tarifverhandlungen in den betreffenden Orten und Bezirken. Der Vortrag wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Es wurden dann auch noch einige Unternehmer und verschiedene Kollegen der Saarstädte gerügt, weil sie den hier bestehenden Tarif nicht inhalten wollen. Hierauf wurde vom Vorsitzenden die ziemlich beschulte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband, der Maurer, geschlossen.

Stettin. In der Versammlung am 29. Mai beschäftigten sich die Kollegen zum dritten Mal mit dem Schiedsspruch. Die vom 25. bis 27. Mai aufgenommene Bautenkontrolle hat ergeben, daß bei 39 Unternehmern 31 Poliere, 336 Gesellen, 50 Lehrlinge und 182 Arbeiter beschäftigt waren. Von den 61 Arbeitsstellen waren Bauten 2 Kellerei, 1 Parkerei, 1 erste Etage, 1 zweite Etage, 1 Drempel, 4 mauerkreuz, 8 im Fuß, 7 Umbauten und 36 Reparaturstellen. Von dem alten Verband wurden 25 Poliere, 235 Gesellen und 38 Lehrlinge beschäftigt, bei Mitgliedern des neuen Verbandes arbeiteten 1 Polier, 42 Gesellen und 2 Lehrlinge, bei unorganisierten Unternehmern waren 5 Poliere, 56 Gesellen und 10 Lehrlinge in Arbeit. Der Lohn von 55 S wurde allgemein gezahlt, außer einer Arbeitsstelle in Kretzow, wo hier Kollegen für 40 S arbeiten. Kollege Schauer empfiehlt den Kollegen, den Schiedsspruch anzunehmen, da sich eine in der vorigen Woche abgehaltene Baubelegteinstellung mit großer Mehrheit dafür entschieden hat. Die Lage des Arbeitsmarktes zeigt uns am besten die Kontrolle, wonach ziemlich drei Viertel der beschäftigten Kollegen bei Mitgliedern des Arbeitgeberbundes arbeiten, und viele Kollegen gezwungen sind, in der Probung zu arbeiten. Kollege Schmidt empfiehlt den Kollegen, den Schiedsspruch anzunehmen, da sie mit ihrer Startlosigkeit doch nicht durchkommen. Weiter hat in den beiden vorhergehenden Versammlungen dagegen gestimmt, er meint, mit dem Schiedsspruch sei es ähnlich, wie mit dem Extratagegeld, erst hätten die Kollegen dagegen gestimmt, und nachher doch zugestimmt. Auch Bontowsky ist für Annahme des Schiedsspruchs. Wir hätten zwar mit dem neuen Arbeitgeberbund unseren alten Vertrag verlängert und den alten dadurch in eine Zwangsfrage gebracht, aber der alte Bund sei der Hauptfaktor in Stettin, da er das dreifache an Lohn gegenüber dem neuen Bund gezahlt hat. Wir hätten protestiert, weil der Vorstand über unsere Köpfe beschloffen hat, bei der gegenwärtigen Lage müssen wir zustimmen. Hingepetert meint, der Vorstand habe zwar in Berlin zugestimmt, trotzdem ist das Vertragsmuster für uns unannehmbar. Seltzer ist sein Freund vom Verbandsvorstand, die Stettiner Kollegen hätten von 1897 an allein Schuld. Wenn sie 14 Tage streiken, verhängen sie. Den 10. hätten wir schon alle Tage auf dem Bau gehabt und darum könnten wir den Schiedsspruch annehmen. Seltzer meint, freie Männer könnten wir nicht mehr nennen, in drei Versammlungen sei hierüber schon gesprochen worden, dies sei schämlicher als in Russland. In seinem Schlusswort ersuchte Schauer nochmals um Annahme des Schiedsspruchs, wir haben uns das Muster nicht bitten lassen, sondern daran gewöhnt. Bei der nun folgenden Abstimmung stimmten 56 für und 33 gegen den Schiedsspruch, worauf Schauer erklärt, daß der Schiedsspruch als angenommen gilt, da die Entscheidung einem Schiedsgericht gleich zu achten, aber die Majorität von drei Viertel der Kollegen nicht vorhanden sei. Der zweite Vorsitzende Bontowsky hat sich am 1. Mai, morgens, sein Buch absteampeln lassen und nachmittags gearbeitet. Der Antrag, ihn aus der Kommission auszuschließen und den Hauptkessel aus seinem Buch zu entfernen, wurde angenommen. Da sich kein Kollege fand, der den Vorschlag als zweiten Vorsitzenden annehmen wollte, soll die Wahl in der nächsten Versammlung erledigt werden. Bewandern sind bis dahin an den Kollegen Richard Petersdorf zu richten. Die Entschädigungsfrage des Vorsitzenden und Kassierers wird vertagt und soll zur Zeit bezahlt werden in der Arbeiter-Organisation geleistet werden. Nachdem zwei Kollegen die übliche Unterbrechung benötigt hatten, erfolgte der Schluß der Versammlung. Die nächste Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Wahl des Delegierten zum Verbandstag, findet Wittebold, den 17. Juni, bei Buchholz statt.

Gliesenleger.

Hannover. Am zweiten Pfingsttag tagte unsere erste Versammlung, nachdem sich die in der „Freien Vereinigung“ organisierten Kollegen dem Verbande angeschlossen hatten. Kollege Weigner hatte das Referat übernommen. Er sprach seine Freude darüber aus, daß die Kollegen nun endlich sich dem Verband angeschlossen hätten. Dann wurde auf Antrag der Kollegen Gustavus und Prüfer die nun nötig gewordene Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurden dann folgende Kollegen gewählt: August Wagener, erster Vorsitzender, Linden, Almeritz, 9; August Lind, erster Kassierer. Dann wurde beschlossen, die Sektions-Extrabearbeitung auch nur neun Monate zu bezahlen. Festgesetzt wurden 50 S pro Monat, die in der Versammlung einstimmig werden sollen. In „Verschiedenes“ entstand eine sehr rege Diskussion über die §§ 6, 7, 8 und 9 unseres Arbeitsvertrages. Ueber § 8 soll ein gerichtliches Urteil eingeholt werden. Alsdann brachte Kollege Georg Kost, der in der Zwischenzeit erschienen war, noch zum Ausdruck, daß sie trotz des Anschlusses der Befragten nicht wären; weiter gab er auch noch einige Aufklärung über die Ziele der „Freien Vereinigung“. Nachdem Kollege Fritz Weigner ihm vortrefflich darauf erwidert hatte, ermahnte der Kollege Wagener die Kollegen, nicht den in anderen Städten im Lohnkampf stehenden Kollegen auf irgend eine Weise in den Rücken zu fallen. Dann erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Der Sieger von Berlin.

Der Maurer- und Zimmermeister Otto Gense, der bei der Bewegung der Berliner Bauarbeiter im vorigen Jahre die Streikbedermittlung organisierte und leitete, ist wegen Nationalsozialismus belästigt worden. Bekanntlich gründete Gense in Zeit, Hagenau und Ostrohm Stellenvermittlungen, um ein „Gegengewicht gegen Streikunternehmungen“ zu bilden. Sobald auf Bauten ein Streik ausbrach, wollte er mit den von ihm vermittelten Arbeiterkolonnen eingreifen. Für diesen Betrieb suchte er durch Angelegenheiten launische Buchhalter, Lagerverwalter und Transportiere. Die Forderung einer Bürgschaft von M. 800 bis M. 500 begründete er damit, daß die Angelegten in die Lage kämen, mit den Lohnsummen in die Streikgebiete zu reisen, um dort auszuweichen. Als Gense auch in Berlin um die behördliche Erlaubnis zur Gründung einer solchen Vermittlung einkam, sah sich erst die Kriminalpolizei seinen Geschäftsbetrieb an und stellte fest, daß er ohne Gegenleistung bereits M. 8800 an Bürgschaften eingenommen und wieder verbraucht hatte. Statt daß er die nachgesuchte Erlaubnis bekam, wurde er deshalb eingekerkert. Er sieht nun seiner Verurteilung entgegen. Wir kondolieren!

Aus Holland.

Der neue Zentralverband der holländischen Bauarbeiter hat dieser Tage in Amsterdam seinen ersten Tarifvertrag abgeschlossen. Der Vertrag läuft fünf Jahre und bringt im nächsten Jahre eine Lohnsteigerung von 2 Cent pro Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden pro Woche. Die Löhne betragen dann für Maurer 30 und für Hilfsarbeiter 27 Cent pro Stunde, gleich 51 bezw. 46. Der alte (anarchistische) Verband erkennt den Tarif nicht an. Nach den Befundungen unseres holländischen Verbandsorgans bleibt der Vertrag weit hinter den berechtigten Wünschen der Amsterdamer Kollegen zurück, und nur die schlechte Geschäftsfrage, mehr aber noch die Machtlosigkeit der Arbeiterorganisationen hat den Zentralverband bestimmen können, den Vertrag zuzustimmen. Er sieht in ihm den Anfang einer Besserung der nach dem verlorenen Streik von 1906 sehr gerüttelten Verhältnisse im Amsterdamer Baugewerbe und glaubte es den Kollegen schuldig zu sein, so dieser Besserung mitzuarbeiten. Wir können die Haltung unserer holländischen Kollegen, soweit wir die Lage überblicken können, sehr wohl verstehen und sind der Meinung, daß sie auf dem richtigen Wege sind. Natürlich werden die strengen Anordnungen jetzt einen Vorstoß machen; aber sie sollten lieber bereit mit dem Zentralverband an der Organisation der vielen unorganisierten Arbeiter, dann würden sie das einzige tun, was für die Zukunft bessere Erfolge sichern kann.

Aus Schweden.

Nach einem Bericht des „Nordavis“ hat der Zentral-Arbeiterverband beschlossen, vom 20. Juni ab sämtliche organisierten Arbeiter in den Baubereichen zunächst im militären Schweden auszusperren und, wenn die im Konflikt mit den Unternehmern stehenden Gewerkschaften sich auch dann nicht unterwerfen, die Aussperrung vom 4. Juli ab auf das ganze Land auszudehnen. Den Ortsvereinen der Unternehmer ist es von dem Tage an verboten, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Wünschen die Arbeiter zu verhandeln, so soll dies nur mit der Zentrale der Unternehmer geschehen. Nach Berichten der Unternehmervereine wird die Aussperrung zunächst 20 000 Arbeiter, später noch weitere 15 000 treffen. Die Unternehmer bedrohen eine Reihe Tarifverträge, wenn sie die Aussperrung wirklich, wie geplant, durchführen wollen.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 7. bis 13. Juni sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Silberhof M. 300, Reich 250, Lehnin 200, Grefschacht 200, Neubrandenburg 150, Mümmund 100, Zäckerd 100. Summa M. 1800.

Zufüsse erhielten: Grefschacht M. 250, Rudolfsdorf 250, Dresden 250, Bamfod 200, Göbde 150, Worms 100, Karlsruhe i. B. 100, Walsch 90, Elich 50, Senftenberg 50. Summa M. 1490.

Alto na, den 18. Juni 1908.

Karl Reif, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitersturz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Bitterfeld. Auf dem Neubau des Bauvereins in der äußeren Böttcherstraße brach am 13. Juni ein Gerüst zusammen. Verletzt wurde dabei ein Kollege, ein anderer konnte sich durch einen Sprung an den Stützbaum retten. Die Arbeit hatten fünf Maurer und ein Zimmermeister übernommen. Das Rüstholz an diesem Bau hatte vorher jahrelang in einer Säurefabrik gelegen und war überaus sauer, so daß die Gerüste meistens recht schnell auseinanderfielen. Besonders hörte man oft Klagen darüber, daß immer mit alten Nägeln genagelt werden mußte, die aus dem alten Gerüstwerk erst herausgezogen werden mußten.

Bremchen. Am 9. Juni stürzte die Giebelwand des vom Zimmerer Walther am Dehstedterweg in der Leher Straße ausgeführten Neubaus ein. Der Unfall trug sich folgendermaßen zu: Walther war auf der Balkenlage beschäftigt und stürzte sich dabei mit der einen Hand auf einen in halber Höhe der Fenster hochgemauerten Pfeiler.

aus irgend welchen, bisher noch nicht aufgeklärten Ursachen gab der Pfeiler nach, stürzte zusammen und schlug auf das Gerüst, welches mitant dem darüber befindlichen Bauwerk in die Tiefe stürzte. Bald, der mit hinabgerissen wurde, zog sich einen doppelten Unterarmbruch zu und mußte ins Leber Krankenhaus überführt werden.

Cunnersdorf. Bei dem Bau der Robertspitze in Mauer bei Bärn ereignete sich infolge eines heftigen Wirbelsturmes ein Unfall. Eine 50 m lange Holzbarade war bis auf das Verschalen fertig. Als Freitag, den 6. Juni, der Maurer Gustav Wörbs aus Gernau und der Zimmerer Wilh. Wegig aus Robertsdorf auf dem Dache der Barade ein Stück Holz hochziehen wollten, kam plötzlich ein Sturm auf, der die ganze Barade niederschmetterte und die beiden Arbeiter herunterwarf. Wörbs hatte sich den linken Fuß verstaucht, Wegig hatte am Kopfe leichte Verletzungen. Zum Glück stützten sie an der oberen Seite ab, die bloß 5 m hoch war, wogegen die untere Seite 35 m hoch ist.

Gera. Am 6. Juni stürzte der Kollege Kramer am Kasernebau 6 m hoch herab. Er wollte die Schnur aufstecken und lebte sich dabei über einen noch freiliegenden Träger. Dieser kippte um und verursachte so den Sturz Kramers, der Verletzungen am Kopf und an den Schenkeln erlitt.

Gladbach i. W. Einen Hilferuf nach besserem Bauarbeiterlohn machten wir unsere Zeilen. Nennen: Im vorigen Jahre ereigneten sich schon sehr viele Unfälle, und in diesem Jahre, wo die Bautätigkeit sehr viel schwächer ist, scheint es, als ob wir noch mehr erleben sollten. Erst in jüngster Zeit wurden uns — leider zu spät, um genaue Feststellungen machen zu können — zwei schwere Unfälle gemeldet, bei denen ein Menschleben daraufging, während bei dem zweiten dem Verletzten ein Bein abgenommen werden mußte, um ihn am Leben zu erhalten. Verbandsangehörige scheint man in Gladbach für einen höchst überflüssigen Artikel zu halten; denn selbst dort, wo man sich einen Leisten, dient er meistens zur Aufbewahrung von Zeichnungen, Schnüren und ähnlichen Sachen. Wir hätten viel zu berichten, wenn wir alle Klagen der Kollegen veröffentlichten wollten. Da sind die Bauwunden zu klein, so daß die Kollegen teilweise ihre Wunden im Freien eintrocknen lassen; da lagert Material und Werkzeug aller Art, wie Dachpappe, Zerkelblei, Zement, in der Erde usw. Was würden die Unternehmer sagen, wenn sie von solchen Dingen unwirtet erfahren sollten? Denn traut man etwa dem Arbeiter die normalen menschlichen Empfindungen nicht zu? Auf die Worte legt man gar keinen Wert. Um nur einen Fall herauszugreifen, erwähnen wir den vom Unternehmer Heisterkamp ausgeführten Schulneubau. Dort hat man von ausgerichteten Witzbüchern eine löcherige Umföhrung hergestellt, innen eine Ralte als Sitz aufgenagelt, und damit hat man den sittlichen und gesundheitslichen Anforderungen unserer hochgebildeten Zeit genügt. Oder nicht? Uebrigens ist es d i e s e r Bau, was man beachten sollte! Nun ist freilich die Firma Heisterkamp überhaupt in Gladbach voran. Als neulich ein Kollege den Polier auf eine Besuche beim Gerüstbau aufmerksam machte, erhielt er den Befehl, er verfinde davon gar nichts. Ob er wohl noch weniger davon berichtet als der Polier? Der sollte sich einmal an einem Sonntag nachmittag die Unfallverhütungsvorschriften vornehmen und recht gründlich studieren, und wenn er es so nicht liest, kann ihm vielleicht einer unserer Kollegen Vorträge darüber halten. Mögen die Unternehmer dies als Warnung auffassen; besser sich die Verhältnisse nicht, so werden wir uns mit Anzeigen an die Baupolizei und an die Berufsgenossenschaft wenden.

Quedlinburg. Am 2. Juni fiel auf einem Bau des gepflasterten Mauerwerks ein Arbeiter Emil Timpe an dem Mauerwerkstisch, ein Fensterbogen herab und traf den Mauerpolier Schramm, einen Arbeiter und einen Lehrling, die beim Eintragen der Schalbögen beschäftigt waren, so daß sie in die Tiefe stürzten. Während der Polier und der Lehrling auf der ungenügenden Abdeckung der Kellertreterlage mit leichten Verletzungen liegen blieben, fiel der Arbeiter Hr. Nieling bis auf die Kellertiefe. Hier, wo allerlei Schutt und Gerümpel herumlag, blieb er mit schweren Kopfverletzungen und einigen Rippenbrüchen liegen und wurde dann dem Krankenhaus zugeführt, wo er im bedenklichen Zustande darniederliegt. Die Schuld an diesem Unfall trifft Timpe. In einer ungefähr 14 m langen Seitenfront befindet sich in der Mitte ein 2,70 m langes Fenster. In diesem Fenster ist ein Fenster, dessen Höhe 1,70 m beträgt. Außerdem befindet sich im Fenster vorbuchtung zu beiden Seiten ein Fenster von 60 cm lichter Weite, so daß nun für die Schallbögen nur 1 m anderthalb-starker Wand verbleibt. Um nun die Lieberlagsträger zu ersparen, ließ der Meister einen Bogen wölben. Dieser Bogen, der am Schluß nur eine Stärke von einem halben Stein hatte, war ohne Zement und ohne jede Verankerung hergestellt. Der mit abgefrähter Rehring, der auf Verlangen des beim Bogen beschäftigten Maurers etwas Zement haben sollte, erhielt vom Polier Schramm statt Zement — Ohreisen. Herr Timpe aber verlor sich, die Schuld an dem Unfall den Zimmerleuten zuzuschreiben, die die Wälsen gelegt haben. Doch ein Unglück kommt selten allein. Schon am 3. Juni wurde der Maurermeister von seinen Maurern nach dem Kasernebau gerufen, wo das von ihm erbaute Wohnhaus für beehrte Interoffiziere an mehreren Stellen in allen drei Etagen an den gewählten Stellen zentimeterbreite Risse aufwies. Was hieran das in die Keller eintretende Regenwasser mehr Schuld haben, als Herr Timpe, jedenfalls wäre es aber angebracht, daß der nach dem Beschädigungsnachweis freitende Timpe diesen erst einmal selbst erbringen würde. Dem Timpe, der nicht nur seine Arbeiter, sondern auch Rechniter des hiesigen Bauamts grob behandelt, sollten vom genannten Bauamt keine Arbeiten mehr übertragen werden.

Remplin. Am 6. Juni fiel auf dem Neubau der Unternehmern Werner & Albrecht ein Mauerwerkstück beim Abbrücken 6 m tief in den Keller herab. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald starb. Die Schuldfrage ist leicht zu beantworten; denn es war nichts abgedeckt. Das Gerüst läßt im ganzen viel zu wünschen übrig.

Strasburg i. Elß. Am 24. Mai stürzte in dem nabegelegenen Remond der Neubau des Unternehmers Philipp Frei ein. Glücklicherweise war es Nacht, so daß wenigstens keine Menschen dabei verletzt wurden. Tags

vorher waren 16 Arbeiter an dem Bau beschäftigt. Der Bau war drei Stockwerke hoch und bis zum Nichten gefördert. Stehen blieb nur ein Giebel und eine Frontmauer. Die Ringwände waren sehr mangelhaft, die beiden Giebel gar nicht verankert. Im Keller hatte man ein Brunnenloch, bei dem der Mörtel angerichtet wurde. Es ist möglich, daß sowohl die schlechte Verankerung wie die große Masse im Keller, die auch wohl ins Mauerwerk einbrang, den Zusammensturz verschuldet hat. Im übrigen herrschte bei der Bauausführung ein großer Leichtsinn, weshalb auch die beschäftigten Arbeiter nicht ganz rein dastehen. Wenn sie Achtung vor ihrem Leben gehabt hätten, so hätten sie dem Unternehmer entgegenzutreten müssen. Leider steht auch die Behörde solchen Leuten nicht scharf genug auf die Finger. Jetzt wird zwar geprüft und untersucht, aber das hätte eher geschehen sollen.

Zielentag. Am 10. Juni führte beim Abbruch des alten Gutsgaßes in Lindow eine Decke ein, die drei Arbeiter mit in die Tiefe rief. Zwei davon kamen mit einigen Hautabschürfungen davon, der Maurer Mülle hat einen Schenkelbruch erlitten, der seine Aufnahme ins hiesige Krankenhaus zu Zielentag erforderlich machte.

* Bauarbeiter unter dem Schutze der staatlichen Baukontrolle. Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Wie wenig sich trotz einer ministeriellen Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter vom 29. Februar 1904 in Baden die aufstehende Behörde um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter an dem Bahnbau im Murgtal (Strom Bruch & Cie. in Berlin) kümmert und wie brennend die Frage, Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen anzustellen, insbesondere in Bezug auf die Durchführung der Schutzbestimmungen an Staatsbauten, wird, sollten doch endlich auch die schärfsten Gegner dieser wohlverdienten Forderung der Bauarbeiter einsehen lernen. Die dort vorterrschenden Mißstände haben uns bereits am 27. April d. J. veranlaßt, im „Volksfreund“ in Karlsruhe eine diesbezügliche öffentliche Anfrage an die aufstehende Behörde zu richten. Bis heute hat man es noch nicht für notwendig gehalten, auf diese Anfrage zu antworten, viel weniger noch, Abhilfe zu schaffen. Wir gehen absolut nicht zu weit, wenn wir die Behauptung aufstellen, daß die ministerielle Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter vom 29. Februar 1904 für die im Murgtal beschäftigten Arbeiter tatsächlich nur auf dem Papier steht; den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, wird uns nicht schwer fallen, und wir wollen deshalb hier einige Fälle anführen:

In Rangendbrunn am Bräudenau über die Murg werden freilebende Pfeiler in einer Höhe von circa 18 m errichtet; an diesen Pfeilern befindet sich überhaupt kein Gerüst, auf dem gearbeitet wird. Hier müssen die Arbeiter auf schwindelnder Höhe ohne jedes Schutzelement direkt auf dem Mauerwerk arbeiten. Wenn man bedenkt, daß dort Steine im Gewicht von mehreren Zentnern verarbeitet werden, dann muß jeder Arbeiter die Lebensgefahr mit sich bringen; daß bei dem geringsten Festhalten der Arbeiter in die Tiefe stürzen muß. Ferner findet man an der Baustrecke Mollbagen zum Transport des Materials, die nicht weniger als den Vorarbeiten entsprechend errichtet sind. Diese Bahnen sind zum Teil an Abhängen angebracht; trotzdem findet sich dort nicht ein einziges Schutzelement, das die Arbeiter vor dem Abstürzen schützen könnte. Lebensgefährlich in jeder Beziehung muß die Arbeit an diesen Mollbahnen bezeichnet werden.

Auch bei den Sprengarbeiten scheint es uns, als wenn sich die staatliche Baukontrolle überhaupt noch nicht um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter gekümmert hätte, sonst würde es nicht schon öfter vorgekommen sein, daß Sprengblitze die Häuser der Salsbadstraße Nr. 1 einjagten und die darin schlafenden Arbeiter der Nachtisch in die größte Gefahr gebracht hätten. Es ist als ein großes Glück zu betrachten, daß in diesem Falle nicht schon Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben.

In der vergangenen Woche ereignete sich bei Rangendbrunn ein Unfall dadurch, daß ein Arbeiter ein Sprengstück auf den Kopf fiel, hier zeigte es sich dann auch, daß nicht an jeder Baustelle das nötige Verbandszeug vorhanden ist, dieses mußte erst aus einiger Entfernung von 30 Minuten geholt werden; wie leicht kann in einem solchen Fall ein verletzter Arbeiter verbluten.

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß unsere obige Behauptung in jeder Weise zutrifft; wir folgern daraus: Entweder hat man im Murgtal überhaupt noch keinen staatlichen Baukontrolleur, oder aber ist ein solcher Beamter, der an dergleichen Dingen, ohne einzugreifen, vorübergehen kann, nicht fähig, einen solchen Posten zu bekleiden.

Wie oft haben wir schon darauf hingewiesen, daß es ein berechtigter Wunsch der Arbeiter ist, daß Baukontrolleure aus ihren eigenen Reihen angestellt werden; was müssen denn die schönsten Verordnungen, wenn diese selbst nicht einmal von der staatlichen Baukontrolle durchgeführt werden?

In technischer Hinsicht mögen die jetzt angestellten staatlichen Beamten ihrer Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen sein; aber zur praktischen Durchführung der Bestimmungen betreffs Bauarbeiterduschen fallen wir Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen für weit befähigter.

Im Murgtal arbeiten zur Zeit etliche hundert ausländische Arbeiter, diesen wird jede Woche von der Firma Bruch & Cie. eine Bescheinigung der Behörde die Steuer vom Lohn abgezogen. Ist es dann nicht das größte Recht dieser Arbeiter, von der Behörde zu verlangen, daß man sie gegen Gefahren für Leib und Leben nach den Bestimmungen der ministeriellen Verordnung vom 29. Februar 1904 in jeder Beziehung aus schützt?

Beider müssen wir darauf aufmerksam machen, daß gegen die Bestimmungen des § 115, Absatz 2, der Gewerbeordnung ebenfalls sehr viel gekündigt wird. In diesem Paragraphen ist ausdrücklich betont, daß die Lebensmittel nur gegen den durchschnittlichen Selbstkostenpreis an die Arbeiter herausgegeben werden dürfen; wie sieht es aber in Wirklichkeit dort aus? Die Arbeiter müssen in der Regel pro Tag circa 80 Pf. für ihr Essen bezahlen, dieses repräsentiert aber höchstens einen Wert von circa 60 Pf., zudem werden den Arbeitern, die in der Kantine essen, von der Firma pro Woche noch 20 bis 25 Pf. für Holz direkt vom Lohn abgezogen; in diesem Falle sind wir der Meinung, daß hier einmal ausnahmsweise scharf kontrolliert werden muß, schon deshalb, weil die Vorgesetzten der Arbeiter, die an diese hier und andere Lebensmittel verkaufen, absolut kein Recht haben, sich an den sauer verdienten Groschen der Arbeiter zu bereichern.

Alles das jetzt Angeführte hat uns veranlaßt, an die Behörde die oben erwähnte öffentliche Anfrage zu richten; die

um so mehr müssen wir behaupten, daß man uns keine Antwort gegeben hat, daß man unseren Anregungen als Vertreter der gesamten Bauarbeiter im Murgtal nicht Rechnung getragen hat. Wir wollen hoffen und wünschen, daß die staatliche Baukontrolle nunmehr Veranlassung nimmt, die Zustände im Murgtal einmal gründlich zu kontrollieren und dazu einen Vertreter der Bauarbeiterkreise mit hinzuzuziehen, schon deshalb, weil bei dergleichen Dingen die Arbeiter viel mehr Vertrauen zu ihren Kollegen haben. Für äußerst notwendig erachten wir es, daß die Kollegen, die im karlsruher Bezirk an Staatsbauten beschäftigt sind, der Organisationsleitung fortwährend über vorkommende Unfälle und vorhandene Mißstände, betreffend Arbeiter-schutz, Mitteilung machen.

* **Arbeiterkontrollen in Pforzheim.** Die Bauarbeiterkommission hatte sich im vorigen Jahre an den Stadtrat gewandt und die Anstellung von Arbeiterbaufachkontrollen gefordert. Der Stadtrat hat, als sei das nicht seine Sache und überdies die betreffende Petition dem Bezirksamt. Dies hat nun vor einiger Zeit gemeldet, und zwar hat es die Anstellung abgelehnt, weil nach seiner Meinung kein Bedürfnis nach vermehrter Kontrolle vorliegt, die vorhandenen Beamten reichen zur ordnungsmäßigen Überwachung aus. In dem Schreiben heißt es dann weiter:

Wir bemerken jedoch, daß wir die Sache fortgesetzt im Auge behalten und gegebenenfalls die Vermehrung der Beamten, insbesondere die Bestellung eines weiteren Bauaufseher herbeiführen werden; im übrigen ist die Ernennung der Bauaufseher Sache des Stadtrats, nicht des Bezirksamts. Sollte demnach der Stadtrat Pforzheim zur Anstellung eines aus dem Stande der Bauarbeiter hervorgegangenen Bauaufseher gelangen, so haben wir, sofern die betreffende Persönlichkeit was nötigenfalls auf Grund einer vorgeschriebenen Prüfung festzustellen wäre — die erforderlichen Kenntnisse besitzt und außerdem im Stande ist, schriftliche Meldungen in einwandfreier Form zu erstatten, gegen diese Anstellung nichts zu erinnern.

Daraus geht also hervor, daß der Stadtrat doch für die Anstellung zuständig ist. Unsere Kollegen werden besonders diese Lehre nicht in den Wind schlagen.

Schwerliche Rechtsplege und Arbeiterversicherung.

* Der vierte allgemeine Kongress der Krankenkassen Deutschlands tagte am 11. und 12. Mai in Berlin. Durch 1116 Delegierte waren vertreten 764 Kassen, darunter 666 Ortsklassen, 77 freie Hilfskassen, 96 Betriebskassen, 26 Innungs- und Gewerkschaften und einige Knappschaftskassen. Nahezu ein Drittel der Delegierten waren Arbeiter. Die Kassen umfassen zusammen über 7 Millionen Versicherte. Das Reichsamt des Innern war zur Teilnahme eingeladen worden. Der Staatssekretär Dr. Wichmann-Söllweke hatte diese Einladung mit einem Schreiben beantwortet, in dem es heißt:

„Es ist meine Absicht, auch den Krankenkassen rechtzeitig die Gelegenheit zur Verurteilung ihrer Wünsche für die Reform der Arbeiterversicherung zu geben. Zu dem Zweck werde ich meinerseits Vertreter der Kassen unter gleichmäßiger Berücksichtigung der verschiedenen Kassenarten und Interessengruppen zu einer Konferenz im Reichsamt des Innern einladen. Dies soll jedoch erst geschehen, wenn die Vorarbeiten zur Reform soweit gefördert sein werden, daß sie für die Beratungen als Unterlage dienen können. Den gegenwärtigen Zeitpunkt halte ich zu einer vorläufigen Behandlung der einschlägigen Fragen noch nicht für geeignet, und glaube deshalb, davon absehen zu sollen, dem Wunsche des Reichsandes entsprechend, zu der bevorstehenden Versammlung Vertreter zu entsenden.“

Auch das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe, das Kultusministerium, der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und das Reichstagspräsidium waren einer an sie ergangenen Einladung nicht gefolgt. Von den eingeladenen Reichstagsfraktionen war die sozialdemokratische, nationalliberale und Zentrumsfraction vertreten; außerdem hatten die Freien und Christlich-Sozialen Gewerkschaften Vertreter geschickt und sogar die Stadt Berlin hatte sich dazu aufgeschlossen.

Das erste Referat, erstattet von Bauer-Berlin betraf die Reform der Arbeiterversicherung. Seine Vorschläge gipfelten in der Zusammenlegung aller Versicherungszweige, deren Organisation im einzelnen näher ausgeführt werden. Falls die Zusammenlegung nicht wie gedacht zu Stande kommt, Zentralisation der Krankenversicherung. Bei der Verwaltung soll nach dem Grundfab verfahren werden, daß den Versicherern und denen, die zu den Kassen mit beitragen, die Verwaltung gehört. Für die Vertreterwahl soll das Proportionalwahlsystem eingeführt werden.

Das zweite Referat über „Die Bedeutung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und ihre Gefährdung“ erstattete Albert Rohn-Berlin. Der Redner behandelte diese wichtige Frage in sehr wirkungsvoller Weise und empfahl eine Resolution, in der es heißt:

„In noch höherem Maße wie die übrigen Arbeiterversicherungsgehalte bedarf die Krankenversicherung der Selbstverwaltung, welche bei ihr ohne jede Schwierigkeit durchgeführt werden kann.“

Die Unterfraktionen, welchen die Krankenkassen bereits gegenwärtig obliegen, sind bereit, daß sie sofort geleistet werden müssen, wenn sie den Zweck erreichen sollen, den Kranken einerseits zur möglichst raschen und nachhaltigen Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu verhelfen, andererseits eine verhängnisvolle Schädigung der wirtschaftlichen Lage der Kranken möglichst hintan zu halten.

Dabei kommt noch heute in Betracht, was bereits in der Begründung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, 1893 ausgesprochen wurde: Die Voraussetzungen des Krankenunterstützungsanspruches und namentlich seiner Fortdauer sind derzeit, daß sie nur von solchen Organen mit Sicherheit beurteilt und kontrolliert werden können, welche den in Betracht kommenden Verhältnissen nahestehen und die Voraus-

setzungen der Unterstützungsansprüche und die Bedingungen ihrer Fortdauer an Ort und Stelle selbst festzusetzen im Stande sind.

Es erscheint dringend notwendig, daß die Krankenkassen immer mehr auch eine rege prophylaktische Tätigkeit entfalten. Je intensiver das geschieht, um so mehr ist auch die Selbstverwaltung auf breiterer Grundlage nötig, da nur sie in der Lage ist, den verschiedenen Lebensstellungen, Beschäftigungen und beruflichen Verhältnissen sachgemäß Rechnung zu tragen.

Eine gebührende, nicht nur im Interesse der Versicherten, sondern auch zur Förderung der Volksgesundheit notwendige Entlastung der Krankenkassen ist nur zu erwarten von großen Forderungen auf Selbstverwaltung bezüglichen Verhandlungen der Versicherten.

In der Debatte trafen sämtliche Redner den in den Resolutionen niedergelegten Grundgedanken bei. Besonders eingehend wurde die Frage der Selbstverwaltung behandelt, in der die Arbeitgebervertreter völlig eint mit den Arbeitern waren.

Annahme fanden weiter folgende Resolutionen:

Der Kongreß der deutschen Krankenkassen richtet an die gesetzgebenden Körperschaften, insbesondere an die Regierung als eine unabwiesbare Forderung der Versicherten das Erlassen, bereits zu den vorbereiteten Arbeiten für die Reform der Arbeiterversicherung, des Krankenversicherungsgesetzes, des Gesetzes über die Krankenkassen hinzuzugreifen. Besonders sachdienlich und notwendig wird es sein, die Kassenbetreuer schon vor dem Abschluß der Regierungsvorlage zur gütlichen Klärung und zur Begründung der Forderungen der Versicherten heranzuziehen.

Der Kongreß protestiert gegen die Bestrebungen, besondere Kasseinrichtungen für die Pensionen, Witwen- und Waisenversicherung, der Privatrechtlichen zu schaffen, und ersucht das Reichsamt des Innern, den Bundesrat und den Reichstag, diesen Bestrebungen zu widersprechen. Der Kongreß fordert die Herbeiführung einer erhöhten Fürsorge für die gesamte Lohnarbeitende Bevölkerung und sieht den besten Weg dazu in der Erweiterung und dem Ausbau des Invalidenversicherungsgesetzes auf den ganzen Kreis der Arbeiter und Angestellten gemeinsam. Die maßgebenden Instanzen bitten der Kongreß, in diesem Sinne eine weitergehende Perspektivierung der Versicherungsmaßnahmen zu verbinden.

Schließlich nahm der Kongreß auf Antrag Kundes-Hamburg eine Protestresolution gegen die Verdrängung der bürgerlichen Presse an, als trage er einen parteipolitisch sozialdemokratischen Charakter.

Der nächste allgemeine deutsche Krankenkassenkongreß wird wiederum in Berlin stattfinden. Den Zeitpunkt seines Zusammentritts zu bestimmen wurde dem Vorstande überlassen. Wahrscheinlich wird er erst nach der Veröffentlichung des endgültigen Regierungsentwurfes einberufen werden. Aus den uns vorliegenden Berichten geht nicht hervor, daß der Kongreß sich auch mit dem Gesetzesentwurf betreffend die Hilfskassen beschäftigt hat. Dieser Entwurf hat überhaupt keine Erwähnung gefunden. Nach unserem Dafürhalten wäre es geboten gewesen, auch auf ihn Rücksicht zu nehmen, zumal doch 77 Hilfskassen vertreten waren. Daß das nicht geschehen ist, hat uns einigermaßen überrascht.

Verschiedenes.

Freiwillig. Einer empfindlichen Gewalttat eines Walddiäters ist unser Verbandskollege Albin Fülle in Zoppau bei Greiz zum Opfer gefallen. Fülle und noch mehrere Walddiätere waren in der Pfingstnacht mit einem Jagd Bier in den Wald gegangen. Ein Walddiärer, der ihnen gefolgt war, verlor den Verstand und schrie, obwohl sie nur einer vielgeübten Seite huldigten. In dem entsetzten Wortwechsel verfiel der Walddiärer den Kollegen Fülle und bald nachdem er mit ihm fortgegangen war, fiel ein Schuß. Fülle hatte wohl fortlaufen wollen und der gewöhnliche Patron von Walddiätern hatte ihm einen Schuß in den Rücken gefügt, der den Kollegen auf der Stelle tödete. Für die Verurteilung der Handlungswelt des Walddiäters kommt in Betracht, daß er Fülle ganz genau kannte und daß das Vergehen das Lager in Zoppau — höchstens als eine Übertreibung mit einer kleinen Geldstrafe geahndet werden konnte. Ein Arbeiter-Freiwild!

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ Heft 27 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Hölzer und Stehler. — Die Abstinenzbewegung und die Sozialdemokratie in Finnland. Von M. Matina (Helsingfors). — Zweijährigenpraxis in der Literatur. Von Georg Davidsohn. — Ein Normalarbeitstag für die Landwirtschaft. Von L. H. Mansholt (Weppolter, Provinz Groningen, Holland). Mit einem Nachwort von R. Kautsky. — Die Rentabilität der holländischen Landwirtschaft. Von Dr. J. H. — Notizen: Die russische Geistlichkeit. — Zeitkritiken.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolportage zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage. Es ist unseren Lesern schon bekannt, daß im Verlage der Buchhandlung Nordmatt, Berlin SW 68, eine Reihe von Abhandlungen über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erscheinen. Von dieser Sammlung ist jedoch Heft III ausgegeben. Es enthält die sozialdemokratischen Wahlergebnisse für die Reichstagswahlen von 1881, 1884, 1887. Da diese Aufzählung in der Zeit des Sozialistengesetzes fallen, dürfte sie einer besonderen Beachtung fähig sein, spiegeln sie doch ein interessantes, an Kämpfen reiches Zeitalter der Parteigeschichte wieder. Preis M. 1. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage.

Briefkasten.

Nebr., F. Sch. Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten, zumal die Angaben in den Fall nur sehr dürftig sind. Zur Beantwortung solcher Fragen gehört genaue Kenntnis der Vermögensverhältnisse der Ehegatten untereinander. Die Angabe, daß beide nichts gehabt haben, sondern sich ihr Vermögen erst in der Ehe erworben, genügt nicht, da die rechtliche Stellung der Vermögensverhältnisse der Ehegatten zueinander sich in jedem Stadium der Ehe anders gestalten läßt. Da der Erbe also gar nichts über die Hinterlassenschaft seiner Mutter weiß, sondern seine Ansprüche sich nur auf Vermutungen stützen, so wäre ihm zu raten, daß er den Vater gerichtlich auffordern läßt, ein Vermögensverzeichnis seiner verstorbenen Ehefrau beim Gericht einzureichen; erst wenn dies geschehen ist, können weitere Schritte zur Erlangung der Erbschaft unternommen werden. Haben die Eheleute bis zum Tode der Frau in Gütergemeinschaft gelebt und sind gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden, so ist die Gütergemeinschaft nach dem Tode der Frau fortzuleben. Die Kinder haben also kein Recht von dem Vater die Auslieferung eines Teiles des gemeinschaftlich erworbenen Vermögens zu verlangen.

Kropfenstedt und Verbit. Versammlungsangelegenheiten zu spät.

199 S. 2. Die Berufsvereinigungen sind gesetzlich nur verpflichtet, für die Einbuße der Erwerbsfähigkeit eine Rente zu gewähren; den vollen Schaden, den jemand durch einen Betriebsunfall erleidet, brauchen aber die Berufsvereinigungen nicht ersetzen, am allermeisten sind sie aber gehalten, für den ideellen Schaden, den ein Betriebsunfall mit sich bringt, einzutreten. Es ist daher auch völlig ausgeschlossen, daß für das geschaltete Uebel, das ja an sich gewiß traurig genug ist, eine Rente zu erlangen wäre.

S. 100. Die Gewerkschaftsschulen sind dort alle auch im Sommer geöffnet.

Neuwiedersdorf, S. G. Es handelte sich dabei nur um eine Resolution. Diese ist zwar angenommen, aber damit ist ihr noch nicht Folge gegeben worden, denn es heißt ja nur, die Regierung wird ersucht, dem Reichstage eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten usw. Das hat die Regierung aber noch nicht getan, sie hat wohl keine Zeit dazu und wartet darauf so lange, bis die Veteranen alle gestorben und verdrorben sind.

Burg b. Magdeburg. Die M. 3,60 müssen der Armenkasse zurückerstattet werden, da die Eltern die Verpflichtung haben, den Kindern Unterhalt zu gewähren; das Lebensalter kommt hierbei gar nicht in Betracht.

Aachen. Das kann gelegentlich in einem Bericht mitgemacht werden. Das beste Mittel gegen Druckfehler ist deutsche Schrift.

Stettin, W. Sch. Der übrige Teil des Berichts ist zur nächsten Nummer zurückgestellt.

Freienwalde und Fürstentum. In den Versammlungsangelegenheiten fehlt das Datum, die Veröffentlichung ist deshalb unterblieben.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Die Liste folgt S. 4.)

Breslau. Am 1. Juni starb der Kollege **Josef Christ** im Alter von 27 Jahren an Meningealblutung.

Am 11. Juni starb der Kollege **Paul Hermann** im Alter von 27 Jahren an Lungenerkrankung.

Brandenburg. Am 8. Juni starb der Kollege **Karl Schulz** im Alter von 47 Jahren an Magenkrebs.

Danzig. Am 6. Juni starb der Kollege **Eduard Meschke** im Alter von 44 Jahren an Asthma.

Friedrichshagen. Am 2. Juni starb nach langem Leiden unser Kollege **Paul Hangesheimer** im Alter von 31 Jahren an Lungenerkrankung.

Greiz. Am 7. Juni starb unser Kollege **Alwin Fülle** im Alter von 27 Jahren infolge eines leichtsinnigen Schusses eines Försters.

Hannover. Am 2. Juni starb unser Kollege **Wilh. Segert** im Alter von 38 Jahren an Lungenerkrankung.

Am 8. Juni starb nach verfallener Krankheit unser Kollege **Wilhelm Grothe** im Alter von 69 Jahren an Darmtumor.

Kiel. Am 12. Juni starb unser Kollege **August Schurbohm** freiwillig aus dem Leben.

Königsberg. Am 9. Juni starb unser Kollege **Karl Nowak** im Alter von 66 Jahren an der Prostataerkrankung.

Mühlhausen i. G. Am 4. Juni starb der Kollege **Anton Geipi** an den Folgen eines Unfalles.

Sollingen. Am 26. Mai starb unser Kollege **Georg Born** im Alter von 38 Jahren an Lungenerkrankung.

Stuttgart. Am 7. Juni starb unser Verbandskollege **Jakob Liedle** im Alter von 57 Jahren.

Am 8. Juni starb unser Verbandskollege **Thomas Bauer** von Pattenhardt im Alter von 28 Jahren.

Waren. Am 9. Juni starb unser treues Mitglied **W. Peters** im Alter von 31 Jahren an Influenza.

Ehre ihrem Andenken!

Markranstädt. Der erste Vorsitzende **Rich. Frenkel** wohnt Albrechtstr. 14, 3. Et. Der erste Kassierer **Leopold Eichentopf** wohnt Barf. 13. Der Vorstand.

Friedr. Weiland. geb. 24. Mai 1888 an Voigt, Verb.-Nr. 170 592, wird gebeten, seine Adresse an **August Timm**, Voigt, Deuminauerstraße, einzufinden. Andere Kollegen wollen ihn darauf aufmerksam machen; es handelt sich um Familienangelegenheiten. [M. 1,50]

Nikolaus Knöchel, geboren 21. Februar 1890 in Ebersdorf, einget. in den Verband am 12. Mai 1906 unter Nr. 332 142, wird von seiner Mutter gesucht. Mitteilungen nimmt entgegen [M. 1,50]

Hans Hofmann, Bayreuth, 99 Gärten 22.

W. Niemeler, geb. 26. Februar 1885 zu Lindenhof bei Dortmund, wird ersucht, seine Adresse an seinen Schwager, **W. Nölker**, Dortmund, Eintrachtstr. 2, gelangen zu lassen. Es handelt sich um eine Erbschaftssache. [M. 1,20]

Matthias Dreschmann, wo steht Du? Es bittet um Nachricht [90 4]

Hermann Leue, Cöln-Nippes, Leipzigerplatz 11.

Wilhelm Hencke wird gesucht. Mitteilungen sind an **Richard Pfeiffer** in Weddel bei Geseke, bei Herrn Eicholz, zu richten. [90 4]

Franz Wasserberg! Sende Deine Adresse event. Koffer an Zimmerer **K. Januhowski** in Essen a. d. R., Deufstr. 70. [90 4]

Cüstrin.

Sonnabend, den 27. Juni, Abends 8 Uhr:
*** Stiftungsfest ***
Sommernachtsball, verbunden mit Gartenkonzert und Tanz.
[M. 3] Der Vorstand.

Wittstock a. d. D.
Sonnabend, den 20. Juni, morgens 8 Uhr:
Neuntes Stiftungsfest
bei **Karl Müller**, Serberge.
Von 10 Uhr an: **Versammlung**.

Am 1. März 1 Uhr von der Herberge nach dem Festlokal bei Herrn Eder, Rosenplan.
Um 2 Uhr: **Festessen** mit darauffolgendem **Gartenkonzert** und **Gartenzugang**.
Die Kollegen von Wittstock und Umgebung werden freundlichst eingeladen. [M. 4,50] Der Vorstand.

Zielentz.

Sonnabend, den 27. Juni 1908, abends 8 Uhr:
Stiftungsfest
im Schützenhause.
bestehend in Theater und Ball, wozu die Kollegen von Zielentz und Umgebung hiermit ergebenst eingeladen sind. [M. 3] Das Komitee.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 21. Juni.

Frankenhausen. Nachm. 3 1/2 Uhr im „Barbarossagarten“.

Granssee. Nachm. 3 Uhr im „Friedrichs Hof“. Z.-D.: Delegiertenwahl.

Greene. Beim Gastwirt Rast Dierke in Eyershausen. Z.-D.: Delegiertenwahl zum Verbandsstg. Berichtlesen.

Gross-Rhoden. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Z.-D.: Wahl eines Delegierten zum Verbandsstg.

Langenweitzendorf. Nachm. 4 Uhr bei Sporn.

Neuhardenberg. Nachm. 2 Uhr bei Herrn Kähne.

Ruhrort. Nachm. 2 Uhr außerordentliche Generalversammlung bei Sommermann in Duisburg-Saar, Kaiserstr. 115. Z.-D.: Delegiertenwahl zum Verbandsstg. Mitgliedsbuch dient als Legitimation.

Seidenberg. Nachmittags 4 Uhr im Kreishaus, Alt-Seidenberg. Wichtigste Angelegenheiten!

Striegau. Nachm. 3 Uhr im Lokal „Rast Wismar“.

Templin. Nachm. 3 Uhr im Hofe des Herrn Krell.

Treuenbrietzen. Nachm. 4 Uhr bei Rorens, Weitestraße.

Wiesenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. Z.-D.: Wahl eines Delegierten zum Verbandsstg.

Zehdenick. Nachm. 2 Uhr bei Buchholz. Z.-D.: Wahl eines Delegierten zum Verbandsstg. Gewerkschaftstg.

Diensdag, den 23. Juni.

Sorau. Abends 6 1/2 Uhr in der „Hof“. Z.-D.: Delegiertenwahl zum Verbandsstg. Mitgliederbuch mitbringen.

Waldheim. Abends 6 1/2 Uhr in der „Grünen Kue“. Z.-D.: Wahl des Delegierten zum Verbandsstg. Mitgliedsbuch mitbringen!

Mittwoch, den 24. Juni.

Guben. Abends 7 Uhr. Z.-D.: Delegiertenwahl zum Verbandsstg. Abrechnung von der Ausfertigung.

Rastenburg. Abends 7 1/2 Uhr im Vereinslokal, Schiffstraße.

Sonnabend, den 27. Juni.

Glessen. Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: Wahl des gesamten Vorstandes zum Verbandsstg. und Wahl eines Delegierten.

Sonntag, den 28. Juni.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Hintersee. Nachm. 12 Uhr im „Gasthof zum deutschen Hause“, Wittenburg. Z.-D.: Wahl eines Delegierten zum Verbandsstg. Berichtlesen.

Lehndorf. Nachm. 2 1/2 Uhr. Z.-D.: Delegiertenwahl. Berichtlesen.

Zentral-Arnenkassen der Maurer usw.

Sonntag, den 21. Juni.

Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Berichtlesen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.